

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 9

September 1954

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Lebhafte Investitionsgüterkonjunktur — Weiterer Rückgang der Devisenüberschüsse — Zum Problem der Winterarbeitslosigkeit

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Der Verbrauch von Kunstdünger im Jahre 1953/54

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Lebhafte Investitionsgüterkonjunktur — Weiterer Rückgang der Devisenüberschüsse — Zum Problem der Winterarbeitslosigkeit

In der Konjunktorentwicklung der österreichischen Wirtschaft bahnt sich seit Monaten ein bemerkenswerter Szenenwechsel an: während bis vor kurzem noch von der Zahlungsbilanz die kräftigsten Impulse ausgingen, wird langsam die heimische Investitionstätigkeit zum stärksten konjunkturbelebenden Faktor.

Die Bauwirtschaft läuft auf vollen Touren und die maschinellen Investitionen haben in den letzten Monaten sprunghaft zugenommen. Die Wirtschaft neigt zu höheren Investitionen, da sich die Ertragsaussichten mit fortschreitender Konjunkturbelebung bessern und die Kreditinstitute bereitwilliger als bisher Anlagekredite vergeben. Auch steuerliche Erwägungen, das knappe und teure Angebot an Arbeitskräften und die hohe Kapazitätsausnutzung legen vielen Betrieben Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen nahe. Die Aufträge an die Investitionsgüterindustrien wachsen daher oft rascher, als die Produktion ausgeweitet werden kann. In vielen Betrieben sammeln sich größere Auftragsbestände, die sie von kurzfristigen Schwankungen unabhängig machen und ihnen eine wichtige konjunkturpolitische Reserve sichern.

Gleichzeitig mit der stärkeren Belebung der Binnenkonjunktur werden die vom Außenhandel und von der Zahlungsbilanz ausgehenden Auftriebskräfte schwächer. Der Devisenzustrom aus dem Ausland ist seit Mai geringer als im Vorjahr, die Monats-

abrechnung mit der Europäischen Zahlungsunion war im September zum erstenmal seit April 1953 leicht passiv. Die geringeren Devisenkäufe der Notenbank gehen teilweise auf die Dezentralisierung des internationalen Zahlungsverkehrs, hauptsächlich jedoch auf einen echten Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse infolge höherer Importe zurück. Die Schwergewichtsverlagerung der konjunkturbestimmenden Kräfte von der Außenwirtschaft auf die Binnenwirtschaft spiegelt sich deutlich auf dem Geld- und Kapitalmarkt. War bisher das Geldvolumen ausschließlich durch die Gold- und Devisenkäufe der Notenbank ausgeweitet worden — die von der Binnenwirtschaft ausgehenden Auftriebskräfte wurden durch den Zuwachs auf Sparkonten und andere restriktive Faktoren kompensiert —, so gewinnen nunmehr Kreditexpansion und Wertpapierkäufe der Kreditinstitute wieder einen bestimmenden Einfluß auf das Geldvolumen.

Der Arbeitsmarkt wurde heuer auch im September noch entlastet. Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden*, die im September der vergangenen Jahre leicht zugenommen hatte, sank heuer um 6.700. Ende September waren 91.800 oder fast ein Drittel weniger Stellensuchende vorgemerkt als im Vorjahre, ihre Zahl war nur noch um 23.500 höher als am tiefsten Punkte des Inflationsjahres 1951. Die Arbeitslosigkeit nahm vor allem in den Konsumgüterindustrien ab, die zu Beginn der Herbstsaison

in größerem Umfange neue Arbeitskräfte einstellten. Auch die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter und Metallarbeiter ging heuer dank der ausgezeichneten Bau- und Investitionskonjunktur noch zurück. Im Gast- und Schankgewerbe ist die Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Fremdenverkehrssaison gestiegen, aber weniger, als saisongemäß zu erwarten war (um 1.400 gegen 1.800 im September 1953).

Wie stets in den letzten Monaten stieg auch im September die Zahl der *Beschäftigten*; die Zunahme war mit 12.300 doppelt so hoch wie die Zahl der Stellensuchenden, die Arbeit fanden. Ende September waren 2.065.000 unselbständig Erwerbstätige beschäftigt, um 75.200 mehr als im Vorjahr und um 16.800 mehr als im September 1951. Der hohe Beschäftigtenstand ist um so bemerkenswerter, als die Mechanisierung den Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften senkt und auf wenige Sommermonate zusammendrängt. Die Zahl der beschäftigten Land- und Forstarbeiter nahm bereits in den Monaten August und September um 1.400 und 3.200 Arbeitskräfte ab. Ende September waren nur noch 210.400 Personen beschäftigt, um 8.700 und 13.500 weniger als in den Jahren 1953 und 1951. Die aus der Landwirtschaft kommenden Arbeitskräfte werden von der stark expandierenden gewerblichen Wirtschaft mühelos aufgenommen. Industrie, Gewerbe und Handel stellten im September noch 19.100 neue Arbeitskräfte ein. Sie beschäftigten Ende September 1.592.200 unselbständige Erwerbstätige, um 86.200 und 35.400 mehr als im September 1953 und 1951.

Trotz dieser außergewöhnlich günstigen Entwicklung war die *Rate der Arbeitslosigkeit* (vorgemerkte Stellensuchende in Prozent des Angebotes an Arbeitskräften) Ende September mit 4,3% noch immer verhältnismäßig hoch. Ohne die in der Statistik als „beschränkt vermittlungsfähig“ bezeichneten Arbeitsuchenden sinkt die Rate auf 3,1%. Gleichzeitig haben viele Betriebe — nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in anderen Branchen — Mühe, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Lohnforderungen wird daher nur wenig Widerstand entgegengesetzt, vielfach werden weit über dem Tariflohn liegende Verdienste geboten, um knappe Arbeitskräfte zu halten oder aus anderen Betrieben zu gewinnen.

Der Index der *Industrieproduktion* sank im Juli — jüngere amtliche Daten liegen noch nicht vor — wegen der Sommerurlaube um 2,2%; er war mit 194,8 (1937 = 100) um 13,5% höher als im Juli 1953. Die Urlaubssaison wirkte sich am stärksten in der Leder- und Schuhindustrie aus, die einen Teil ihrer Betriebe still legten und um ein gutes Drittel weniger als im Juni erzeugten. Zu stärkeren Produk-

tionseinschränkungen kam es weiters in der Elektro-, Textil-, Nahrungsmittel- und in der chemischen Industrie, die teilweise unter dem Hochwasser litt. Die übrigen Zweige konnten ihre Produktion auch im Hochsommer ausweiten.

Das auffallendste Merkmal der Industrieproduktion ist gegenwärtig der steile und selbst von Saisonschwankungen kaum unterbrochene Aufschwung in den *Investitionsgüterindustrien*. Die Maschinenindustrie steigerte ihre Produktion von Jänner bis Juli um 46,8%, die Fahrzeugindustrie sogar um 67,3%. Da auch die Elektroindustrie ein hohes Produktionsniveau hält, erreichte der Ausstoß fertiger Investitionsgüter im Sommer 1954 einen neuen Höhepunkt. Von dieser Entwicklung profitierten die Vorlieferanten, vor allem die Gießereien und die eisenschaffende Industrie. Die Erzeugung von Gußeisen stieg von Jänner bis Juli um 39,2% und überschritt um 43% den Vorjahresstand. Die steigende Nachfrage nach Kommerzeisen und Edelstahl verbreitert die Absatzbasis der auf vollen Touren laufenden eisenschaffenden Industrie; ihre Erzeugung lag um 23,9% über dem Vorjahresstand. Die günstige Binnenkonjunktur erleichtert es, mit den Exportschwierigkeiten auf den Märkten der Montan-Union fertig zu werden.

Nach den Ergebnissen des *Konjunkturtestes des Institutes* hielt die Belebung in den Investitionsgüterindustrien im August und September unvermindert an. Die Auftragsbestände wuchsen und die Lieferfristen müssen vielfach verlängert werden. Am stärksten stieg die Produktion im September in der Eisen- und Metallwarenindustrie (besonders Schlösser, Beschläge, Schrauben), im Maschinenbau (Stahlbau, Kesseln, Werkzeugmaschinen), in den Gießereien (Grau- und Leichtmetallguß) und in der Elektroindustrie. In den Konsumgüterindustrien setzte das Herbstgeschäft — das in einzelnen Zweigen bereits im August angelaufen war — im September auf breiter Front ein. Aufträge und Produktion sind besonders in den Konsumgüter erzeugenden Zweigen der Elektroindustrie, der Eisen- und Metallwarenindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie, die schon bisher eine gute Konjunktur hatten, stärker gestiegen. Die Belebung in der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie entspricht annähernd den Saisonserwartungen.

Die im Sommer übliche Flaute im *Einzelhandel* machte sich heuer besonders im August fühlbar, da sich infolge des schlechten Wetters im Juli besonders viele Urlaube im August zusammendrängten. Die Umsätze gingen um 4% zurück, während sie in den Vorjahren nur bis zu 2% gesunken oder sogar leicht gestiegen waren. Trotzdem waren sie wertmäßig noch um 12% und mengenmäßig um 7% höher als im

August 1953. Der Einfluß der Urlaubssaison spiegelt sich deutlich in der regional verschiedenen Umsatzentwicklung wider. In den westlichen Bundesländern, vor allem in Tirol und Salzburg, sind die Umsätze stärker gestiegen, in Wien dagegen zurückgegangen. Relativ gut haben die Warenhäuser abgeschnitten, die dank umfassenden Saisonräumungsverkäufen zu reduzierten Preisen um 18% mehr verkaufen konnten als im Juli. Von den im Umsatzindex erfaßten Branchen meldete der Handel mit Textilien, Möbeln, Hausrat und Papierwaren höhere, der Handel mit Schuhen, Lebensmitteln, Tabakwaren und sonstigen Waren dagegen niedrigere Umsätze als im Juli.

Die steigende Produktion, die Wiederauffüllung gelichteter Vorräte und die wachsende Investitionsneigung erhöhen den *Kreditbedarf* der Wirtschaft. Wiewohl viele Betriebe über namhafte flüssige Mittel verfügen, stieg das Volumen der kommerziellen Kredite im Juli und August um 758 Mill. S gegen nur 37 Mill. S im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Kreditinstitute erleichtern die Kreditaufnahme und bemühen sich, den vielfältigen Bedürfnissen der kreditbegehrenden Unternehmungen Rechnung zu tragen. Kennzeichnend hierfür sind verschiedene Sonderaktionen zu ermäßigten Zinssätzen (z. B. für kleingewerbliche Betriebe), die direkte Einschaltung der Sparkassen und Volksbanken in das Teilzahlungsgeschäft, die Vorfinanzierung von ERP-Krediten für den Fremdenverkehr und vor allem die stärkere Pflege des bisher vielfach vernachlässigten langfristigen Kredites und der Kleinkredite. Von der Ausweitung der kommerziellen Kredite im II. Quartal 1954 (ohne Sparkassen, deren Ergebnisse nicht vergleichbar sind) entfielen 58% auf mittelfristige (Laufzeit 1 bis 5 Jahre) und 20% auf langfristige Kredite (Laufzeit über 5 Jahre), gegen nur 27% und 3% im II. Quartal 1953. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Kleinkredite mit einer Kreditsumme bis zu 50.000 S von 28% auf 45%.

Auch die öffentliche Hand, die bisher — dank den hohen laufenden Einnahmen — die von ihr aufgenommenen Anleihen nur teilweise benötigte, dürfte künftig den Geld- und Kapitalmarkt stärker beanspruchen. Der bisher nur in Globalzahlen bekannt gewordene *Bundesvoranschlag 1955* sieht Gesamtausgaben (einschließlich Investitionen) in Höhe von 24.770 Mill. S vor, um 2.360 Mill. S oder 11% mehr als der Voranschlag 1954. Die laufenden Einnahmen werden mit 22.170 Mill. S, um 1.470 Mill. S oder 7% höher veranschlagt als für das Jahr 1954. Der Gesamt-*abgang* beträgt demnach 2.600 Mill. S (davon 870 Mill. S im ordentlichen Budget), gegen 1.715 Mill. S im Voranschlag 1954. Vermutlich werden die

laufenden Einnahmen auch im Jahre 1955 — vor allem bei guter Konjunktur — höher sein als die stets sehr vorsichtigen Schätzungen im Voranschlag und zumindest die ordentlichen Ausgaben voll decken. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Gebarungsergebnisse ebenso günstig sein werden wie in den Jahren 1953 und 1954, als die laufenden Einnahmen nicht nur die laufenden Ausgaben, sondern auch die außerordentlichen Ausgaben ganz oder großteils deckten. Der Bund wird voraussichtlich im kommenden Jahr in größerem Umfang als bisher außerordentliche Ausgaben aus nicht verbrauchten Anleiherlösen des Vorjahres und neuen Anleihen finanzieren müssen, die von den Kreditinstituten — vor allem von den Sparkassen — bereitwillig übernommen werden dürften.

Die umlaufsteigernde Wirkung der Kreditexpansion und der ständig zunehmenden Wertpapierkäufe der Kreditinstitute — allein die Sparkassen dürften bis Jahresende noch 600 Mill. S Anleihen übernehmen — wird seit einiger Zeit dadurch gedämpft, daß der *Devisenzustrom*, der bisher die Hauptquelle der Geldvermehrung war, schwächer wird. Im Durchschnitt der Monate Mai bis August erwarb die Notenbank per Saldo nur 455 Mill. S Gold und Devisen monatlich, um 210 Mill. S weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im September waren die Devisenkäufe der Notenbank mit 140 Mill. S sogar um 512 Mill. S niedriger als im September 1953. Die EZU-Abrechnung schloß zum ersten Male seit April 1953 mit einem Defizit von 3'9 Mill. \$. (Im August hatte noch ein Überschuß von 5'1 Mill. \$, im September 1953 von 12'7 Mill. \$ bestanden.) Die Ausweitung des *Geldvolumens* war daher im August mit 653 Mill. S nur um 25 Mill. S höher als im Vorjahre.

Der geringere Devisenzustrom zur Notenbank läßt sich teilweise damit erklären, daß auch die Kreditinstitute ausländische Guthaben erwerben, um den bisher über die Notenbank geleiteten internationalen Zahlungsverkehr in eigener Regie reibungslos abwickeln zu können. Vor allem die Anfang September verfügte Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs mit Großbritannien — ähnliche Vereinbarungen mit Deutschland, Frankreich, Schweden und der Schweiz wurden bereits früher getroffen — legte den Banken den Erwerb größerer Pfundguthaben nahe. Gleichzeitig sind jedoch auch die echten Überschüsse in der Zahlungsbilanz kleiner geworden. Die Handelsbilanz war von Juni bis August nur mit 30 Mill. S aktiv, gegenüber 345 Mill. S im Vorjahre, und die für die Devisenbilanz entscheidenden Überschüsse im kommerziellen Verkehr sanken von 490 Mill. S auf 173 Mill. S. Während die Ausfuhr nur noch langsam

wächst, hat die Einfuhr in letzter Zeit sprunghaft zugenommen.

Die *Ausfuhr* stieg im August um 18 Mill. S und erreichte mit 1.342 Mill. S annähernd den Stand vom März d. J. Die Zunahme ging ebenso wie in den Vormonaten ausschließlich auf den Verkehr mit Westdeutschland zurück, das sich dank seiner guten Konjunktur und seiner liberalen Einfuhrpolitik immer mehr zum wichtigsten Exportmarkt Österreichs entwickelt. Sein Anteil an der österreichischen Ausfuhr stieg von 25% im Juli auf 28% im August (im Jahre 1953 hatte er nur 20% betragen). Warenmäßig hat sich das Schwergewicht des Exports weiter zu Gunsten von Rohstoffen und Halbfertigwaren verschoben. Ihr Exportwert stieg hauptsächlich infolge zusätzlicher Lieferungen von Eisen, Stahl und Zellwolle um 47 Mill. S, ihr Anteil am Gesamtexport erhöhte sich von 55% auf 58%. Die Ausfuhr österreichischer Güter ist im Sommer 1954 weniger stark gestiegen als im Sommer 1953, als sich die Wechselkursangleichung nachhaltig auswirkte. Im 1. Halbjahr 1954 war das Ausfuhrvolumen noch um 30,6%, im Juli und August aber nur um 22% und 15% höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Während die Ausfuhr in den letzten Monaten nur noch wenig wuchs, verstärkte sich die steigende Tendenz der *Einfuhr*. Das Volumen der Gesamteinfuhr war im 1. Halbjahr 1954 um 10,2%, im Juli und August aber bereits um 35% und 38% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Wertmäßig stieg die Gesamteinfuhr vom Juli auf August um 80 Mill. S und erreichte 1.358 Mill. S, die kommerzielle Einfuhr stieg um 106 Mill. S auf 1.327 Mill. S. Ebenso wie bei der Ausfuhr nimmt auch bei der Einfuhr der Anteil Westdeutschlands zu. Die deutsche Bundesrepublik lieferte im August 40% aller Importe, gegen 37% im Juli. Die steigende Industrieproduktion erhöhte den Bedarf an ausländischen Rohstoffen und veranlaßte viele Betriebe, ihre meist stark reduzierten Lagerbestände wieder aufzufüllen. Besonders die Kohlenvorräte, die von Mitte 1952 bis Mitte 1954 von 1.252.000 t auf 529.000 t zusammengeschrumpft sind, müssen ergänzt werden. Aber auch Textilfasern und einige andere Rohstoffe werden wieder auf Vorrat gekauft. Die gesamte Rohstoffeinfuhr der Industrie war im August um 34% (mit Kohle) bzw. um 43% (ohne Kohle) höher als im August 1953. Die gegenüber dem Vorjahre geringere Ernte — die Brotgetreideernte wird auf etwa 800.000 t geschätzt, 130.000 t weniger als im Jahre 1953 — wird Anfang 1955 zusätzliche Nahrungsmittelimporte erfordern und die Gesamteinfuhr weiter steigern.

Das allgemeine Preisniveau hat sich im September nur wenig verändert. Die Großhandelspreise und die Lebenshaltungskosten sanken geringfügig um 0,4% und 0,8%. Sie waren mit 822 und 669 (1938 = 100) um 6,3% und 2,4% höher als Mitte September 1953. Der Kleinhandelspreisindex stieg um 0,3% und überschritt um 3,2% den Vorjahresstand. Die geringfügigen Veränderungen von Mitte August bis Mitte September gingen hauptsächlich auf saisonbedingte Preisschwankungen bei Kartoffeln, Gemüse, Obst und Eiern zurück. Außerdem wurden Holz, Holzwaren und einige industrielle Rohstoffe teurer.

Trotz der Stabilität des allgemeinen Preisniveaus sind vielfach noch immer starke Preisauftriebstendenzen wirksam. Das gilt insbesondere für die Märkte für Holz und Fleisch. Die Preis- und Mengenkonjunktur im Holzexport treibt die Inlandspreise weiter in die Höhe. Außer Schleifholz und Sägerundholz wurden in jüngster Zeit auch Schnittholz und verschiedene Holzwaren (z. B. Möbel und Kisten) erheblich teurer. Die Preissteigerungen gegenüber der Zeit vor der Kursanpassung betragen bei einzelnen Holzsorten bis zu 40%. Um die Preishausse auf dem Holzmarkt, die mehr und mehr auch auf Fertigwaren übergreift, zu dämpfen, werden ab Mitte Oktober keine Exportbewilligungen für Rund-, Gruben-, Schleif- und Stangenholz erteilt. Nur die in den Handelsverträgen vereinbarten Kontingente werden noch erfüllt.

Auch den Fleischpreissteigerungen konnte bisher nicht im erhofften Ausmaß Einhalt geboten werden. Wohl wurde im September saisongemäß mehr inländisches Fleisch und Vieh auf den Markt gebracht als im August. Der Auftrieb von heimischen Schweinen und Rindern auf den Wiener Märkten war jedoch noch immer um 32% und 16% niedriger als im September 1953. Da die Minderleistung der heimischen Landwirtschaft durch zusätzliche Importe nur teilweise wettgemacht wurde und die Nachfrage nach den Sommerurlauben wieder anzog, sind die Schweinepreise auch im September weiter gestiegen. Um die Preise zu stabilisieren, wurden die Importe bis Dezember freigegeben. Die importierten Schlachtschweine sollen mit Hilfe von Subventionen aus dem Schmalzfonds verbilligt abgegeben werden.

Zum Problem der Winterarbeitslosigkeit

Die aus der Hochkonjunktur sich ergebenden Probleme, wie die Stabilisierung von Preisen und Löhnen oder die Überwindung von Produktionsengpässen, werden in den nächsten Monaten vorübergehend durch das Phänomen der *Winterarbeitslosigkeit*

keit verdeckt werden. Der saisonbedingte Tiefstand der Arbeitslosigkeit dürfte Ende September mit 91.800 vorgemerkten Stellensuchenden erreicht worden sein. Ab Oktober, spätestens aber ab November wird die Zahl der stellensuchenden Arbeitskräfte wieder zunehmen. Selbst eine gute Konjunktur bietet nach den Erfahrungen vom Vorjahre keinen ausreichenden Schutz gegen starke Saisonrückschläge in witterungsabhängigen Zweigen. Auch im Herbst 1953 hatten sich Produktion und Beschäftigung bemerkenswert günstig entwickelt. Auf fast allen Gebieten konnten Höchstleistungen festgestellt werden: der Index der Industrieproduktion hatte im November 1953 die bis dahin noch nie erreichte Höhe von 190 (1937 = 100). Ähnlich günstige Ergebnisse wiesen Energieerzeugung, Verkehr und Einzelhandelsumsätze auf. Das Exportvolumen hatte im Dezember 1953 eine Rekordhöhe und die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr waren sehr zufriedenstellend. Trotzdem schnellte die Zahl der Arbeitsuchenden in den Wintermonaten um 180.000 in die Höhe und erreichte Mitte Februar mit 308.000 Personen oder 14,5% des verfügbaren Angebotes an Arbeitskräften den höchsten Stand seit Kriegsende. Die starke Einschränkung von Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe und in anderen witterungsabhängigen Zweigen zog zwangsläufig auch die übrige Wirtschaft in Mitleidenschaft und belastete den Staat in Form höherer Arbeitslosenunterstützungen und niedrigeren Steuereingängen.

Um einen ähnlich starken Rückschlag zu vermeiden, hat die Wirtschaftspolitik heuer besser als in den Vorjahren für den kommenden Winter vorgesorgt. Die neue Schlechtwetterregelung und die produktive Arbeitslosenfürsorge erleichtern den Bauunternehmungen das Beschäftigen von Arbeitskräften im Winter, die öffentlichen Bauherren haben bei der Auftragsvergebung vielfach auf das Bauen im Winter Rücksicht genommen und aus der letzten Freigabe von 800 Mill. S Counterpartmitteln und der ersten Tranche der Wohnbauanleihe von 400 Mill. S, die vor allem im Winter verwendet werden sollen, werden größere finanzielle Mittel bereitstehen. Die Überkonjunktur im Sommer und ihre Folgen — Bauaufträge mußten zurückgestellt werden, es mangelte an qualifizierten Arbeitskräften und das Bauen wurde durch Überstunden, Sonderprämien, lange Lieferfristen und durch Verzögerungen in der Fertigstellung der Bauten, stark verteuert — machen auch die Bauwirtschaft selbst für die Probleme des Bauens im Winter aufgeschlossener und legen ihr nahe, zumin-

dest ihren Facharbeiterstock auch im Winter zu beschäftigen. Man darf daher wohl erwarten, daß die Bauwirtschaft bei annähernd normalen Witterungsverhältnissen im kommenden Winter mehr Arbeitskräfte beschäftigen wird als im Winter 1953/54. Vermutlich wird auch die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter weniger stark zunehmen, wiewohl die Bauwirtschaft in diesem Sommer ungefähr 15.000 branchenfremde Arbeitskräfte aufgenommen hat, die sie zumindest teilweise im Winter wieder entlassen wird.

Andererseits darf man nicht erwarten, daß die vorgesehenen Maßnahmen bereits einen vollen Erfolg haben werden. Die Winterarbeitslosigkeit ist ein hartnäckiges Problem, das nur auf lange Sicht mit Hilfe sinnvoll aufeinander abgestimmter organisatorischer, technischer und finanzieller Vorkehrungen gelöst werden kann. Um die Winterarbeitslosigkeit ähnlich wirksam bekämpfen zu können wie etwa in Schweden und in anderen skandinavischen Staaten, wo es trotz ungünstigen Witterungsbedingungen gelungen ist, eine gleichmäßig hohe Beschäftigung über das ganze Jahr zu sichern, wäre vor allem eine konsequente Bauplanung erforderlich, die im Sommer alle auch im Winter ausführbaren Arbeiten zurückstellt und den Baufortschritt so regelt, daß mit dem Eintritt schlechten Wetters mit den Innenarbeiten begonnen werden kann. Wichtig wäre auch eine Regelung dahingehend, daß die einzelnen Ressorts ihre im Budget für Bauzwecke vorgesehenen Mitteln, die gegenwärtig bis Jahresende verbraucht werden müssen, bis Beginn der Frühjahrssaison verwenden können. Weiters müßten nicht nur einige wenige Großbetriebe, sondern auch die große Masse der Bauunternehmungen ausreichend mit technischen Einrichtungen (Beheizungsanlagen, Verschalungen, usw.) für das Bauen im Winter ausgestattet sein. Besondere Aufmerksamkeit müßte schließlich der Frage der Arbeitskosten gewidmet werden. Die geringen Kostendifferenzen in den skandinavischen Staaten zwischen dem Bauen im Sommer und im Winter sind hauptsächlich dem Umstand zu danken, daß die Bauarbeiter in diesen Ländern größtenteils im Akkord beschäftigt werden und daher selbst die Mehrkosten für eine etwaige Minderleistung tragen. Erst wenn diese Probleme gelöst sind und das Bauen im Winter nur noch unwesentlich teurer ist als im Sommer, erscheint es gesamtwirtschaftlich sinnvoll, die noch verbleibenden Kostendifferenzen durch staatliche Zuschüsse, die aus den Ersparnissen an Arbeitslosenunterstützung gedeckt werden könnten, oder durch Umlagen der Bauwirtschaft selbst zu finanzieren.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die Monatsabrechnung der Notenbank mit der EZU schloß im September zum ersten Male seit ein- und einhalb Jahren mit einem Defizit von 3,9 Mill. S. Im August hatte noch ein Überschuß von 5,1 Mill. S. und im September 1953 ein Überschuß von 12,7 Mill. S. bestanden. Die Ursachen des Defizites lassen sich statistisch noch nicht aufklären. Wahrscheinlich hat sich der Devisenzustrom aus dem Ausland weiter verlangsamt, während gleichzeitig die Kreditinstitute im Zuge der Dezentralisierung des Zahlungsverkehrs ihre eigenen Devisenbestände ergänzten. Anfang September wurde auch der Zahlungsverkehr mit England dezentralisiert und damit den Banken die Möglichkeit geboten, ausreichende Pfundguthaben zu erwerben, über die nach wie vor ein namhafter Teil aller internationalen Zahlungen abgewickelt werden. Die Dezentralisierung des Devisenverkehrs erstreckt sich nunmehr auf fünf der wichtigsten Handelspartner Österreichs: Deutschland, England, Frankreich, Schweiz und Schweden. Über ähnliche Zahlungsabkommen mit Belgien, Dänemark, Holland und Norwegen wird verhandelt.

Hand in Hand mit der Verlagerung des Zahlungsverkehrs von der Notenbank zu den Kommerzbanken wurde die *Devisenbewirtschaftung* weiter gelockert. EZU-Devisen können nunmehr ohne Bewilligung für alle laufenden Transaktionen in unbeschränkter Höhe erworben und überwiesen werden. Nur Überweisungen im Veredlungs- und Transitverkehr sowie Kapitalzahlungen müssen auch weiterhin – soweit sie die Freigrenze von 500 S. übersteigen – von der Nationalbank genehmigt werden. Weitere Erleichterungen wurden im Reiseverkehr verfügt. Die Ein- und Ausfuhr ausländischer Währungen und die Einfuhr inländischer Zahlungsmittel ist ab Mitte September in unbegrenzter Höhe ohne Bewilligung gestattet; die Freigrenze für die Ausfuhr inländischer Zahlungsmittel wurde von 1.000 S. auf 10.000 S. erhöht. Diese Maßnahmen bedeuten einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege zur Konvertibilität.

Im Gegensatz zum leicht passiven Zahlungsverkehr mit der EZU waren die Eingänge an „sonstigen“ Devisen auch im September um 241 Mill. S. höher als die Ausgänge. Der gesamte ausgewiesene *Devisenbestand* der Notenbank nahm daher um weitere 140 Mill. S. zu und erreichte Ende September mit 9.898 Mill. S. 87% des Notenumlaufes und 65% des Gesamtumlaufes. Die Zunahme war jedoch um 196 Mill. S. geringer als im August und um 512 Mill. S. geringer als im September 1953.

Da die Devisenüberschüsse nicht mehr die Höhe des Vorjahres erreichen, ist auch die Ausweitung des *Geldvolumens* schwächer. Von Mai bis August stieg es nur um 8,0% gegen 11,6% im Vorjahre. Im August wurde die Geldmenge um 653 Mill. S. vermehrt. Die Zunahme beschränkte sich ausschließlich auf die Giralgeldmenge, die um 712 Mill. S. stieg, während der Bargeldumlauf (Noten und Münzen) um 59 Mill. S. zurückging. Dank dieser Verschiebung im Geldvolumen zu Gunsten des Giralgeldes, die teilweise auf höhere Einlagen öffentlicher Körperschaften bei den Kreditinstituten zurückgeht, ist das Kreditgewährungspotential des Kreditapparates weiter gewachsen. Wiewohl er im August 286 Mill. S. kommerzielle Kredite gewährte und größere Wertpapierkäufe tätigte, stiegen seine freien Giroguthaben bei der Notenbank um 356 Mill. S. auf 3.257 Mill. S., den bisher höchsten Stand. Im September wurden den Kreditinstituten zwar durch Überweisung auf öffentliche Girokonten bei der Notenbank 112 Mill. S. und durch höhere Bargeldansprüche der Wirtschaft weitere 91 Mill. S. flüssige Mittel entzogen. Andererseits flossen jedoch den Kreditinstituten infolge der Devisenkäufe der Notenbank neuerlich 140 Mill. S. Notenbankgeld zu, so daß sie ihre Nettopositionen gegenüber der Notenbank auf dem Stand vom Vormonat behaupten konnten. (Ihre freien Giroguthaben bei der Notenbank gingen allerdings um 152 Mill. S. zurück, da sie ihr Kreditobligo gegenüber der Notenbank um 22 Mill. S. verringerten und 125 Mill. S. Schatzscheine übernahmen.)

Die Entwicklung des Geldvolumens wurde bisher ausschließlich durch den Devisenzustrom bestimmt. Die Gold- und Devisenkäufe der Notenbank waren in den ersten 8 Monaten 1954 nur um 273 Mill. S. geringer als die Ausweitung des Geldvolumens. Berücksichtigt man, daß außer der Notenbank auch die Kreditinstitute Devisen erworben haben, so dürfen sich Devisenzustrom und Geldvermehrung annähernd die Waage gehalten haben. Die Kreditinstitute haben zwar in den ersten 8 Monaten 1954 um etwa eine halbe Milliarde Schilling mehr Kredite und Anleihen gewährt, als auf Sparkonten eingelegt wurden. Der daraus resultierende expansive Effekt wurde aber durch andere restriktive Faktoren, wie z. B. den Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen, großteils kompensiert.

In Zukunft dürfte sich das Schwergewicht der expansiven Faktoren von der Außenwirtschaft auf die Binnenwirtschaft verlagern, da die Devisenüberschüsse geringer werden und die hohen Liquiditätsreserven den Kreditinstituten eine expansive Kredit- und Anleihepolitik nahelegen. Allein die Sparkassen

dürften nach fachmännischen Schätzungen bis Jahresende noch 500 bis 600 Mill. S in Wertpapieren anlegen, wiewohl nur mit einem Zuwachs an Spareinlagen von etwa 300 Mill. S zu rechnen ist. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei anderen Gruppen von Kreditinstituten zu erwarten. Um sich neue Anlagemöglichkeiten zu erschließen, werden — vielfach im Rahmen von Sonderaktionen — die Zinssätze und die Ansprüche an die Bonität der Kreditwerber weiter gesenkt und das Kreditangebot qualitativ den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt. Die Hypothekenanstalten z. B. haben Mitte September den Zinsfuß für Hypothekarkredite von 8% auf 7½% gesenkt. Volksbanken und Sparkassen beginnen, sich direkt in das Teilzahlungsgeschäft einzuschalten, das bisher überwiegend von Teilzahlungsfinanzierungsinstituten und vom Handel finanziert wurde. Eine Sparkasse und die Girozentrale gewähren Kredite mit einer Laufzeit von 4 bis 5 Jahren für den Ankauf von Lastkraftwagen und Autobussen zu verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen (9% und 9½%). Weiters haben sich die Banken bereit erklärt, 90 Mill. S ERP-Kredite zu einem Zinssatz von 6% vorzufinanzieren, mit deren Hilfe Hotels wieder hergestellt werden sollen, die von den Besatzungsmächten beschlagnahmt waren. Die Zinsdifferenz gegenüber den ERP-Krediten (2½%) trägt der Bund.

Die Bemühungen der Kreditinstitute um neue Anlagemöglichkeiten spiegeln sich nicht zuletzt in der stärkeren Pflege des bisher vernachlässigten langfristigen Kredites und der Kleinkredite. Von der Ausweitung der kommerziellen Kredite im II. Quartal 1954 (ohne Sparkassen, deren Daten wegen Umstellung der Statistik nicht vergleichbar sind) entfielen 58% auf Kredite von 1 bis 5 Jahre und 20% auf Kredite mit einer Laufzeit über 5 Jahre gegen nur 27% und 3% im II. Quartal 1953. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil von Krediten bis zu einer Höhe von 50.000 S von 28% auf 45%. Allein das Gewerbe erhielt im II. Quartal 1954 205 Mill. S Kredite, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahre, wiewohl die Kleinkreditaktionen erst Mitte 1954 anliefen. Trotzdem sind Handel und Gewerbe vielfach noch immer unzulänglich mit Kapital versorgt, da viele Kleinbetriebe nicht die für die Kreditgewährung erforderlichen Sicherheiten aufbringen können oder Bankkredite nur in Notfällen aufnehmen.

Die Hausse auf dem *Aktienmarkt* hielt bei niedrigeren Umsätzen an. Besonders Aktien der Bauindustrie verzeichneten größere Kursverbesserungen. Der Kursindex für Aktien privater Unternehmungen ist von Mitte August bis Mitte September um 5% gestiegen, der Kursindex für Aktien verstaatlichter

Unternehmungen dagegen leicht (um 4%) zurückgegangen. Trotz anhaltend steigenden Kursen und hoher Flüssigkeit des Geld- und Kapitalmarktes blieben größere Neuemissionen von Aktien bisher aus.

Auf dem *Anlagemarkt* wurde im September die erste Tranche der 6½%igen Wohnbauanleihe in Höhe von 400 Mill. S aufgelegt, die vom Garantiesyndikat großteils für Publikumszeichnungen freigegeben wurde. Die Nachfrage nach dieser gut ausgestatteten Anleihe war äußerst rege und konnte nur teilweise befriedigt werden. Der weitaus überwiegende Teil der zur öffentlichen Zeichnung freigegebenen Stücke wurde von den Kreditinstituten und von anderen Kapitalsammelstellen übernommen. Die Zeichnungen privater Haushalte und erwerbswirtschaftlicher Betriebe dürften nach den bisher vorliegenden Informationen — eine Absatzstatistik für Wertpapiere besteht nicht — auch diesmal nur bescheiden gewesen sein. Die Verwendung der Anleihe zur Tilgung von Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds¹⁾ bot nur bei Darlehen mit kurzer Laufzeit (etwa 7 Jahren) Vorteile und schuf — da die meisten Fondsdarlehen 75 Jahre laufen — nur einen geringen Anreiz zur Zeichnung.

Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen war im Sommer vorwiegend saisonbedingt schwächer als in den Vormonaten. Im Juli und August wurden nur 18 Mill. S und 7 Mill. S abgesetzt gegen 27 Mill. S im Durchschnitt des II. Quartals 1954. Die Kurse von Kommunalobligationen wurden im September an die für Pfandbriefe angeglichen, die bisher — da Pfandbriefe von privaten Käufern bevorzugt wurden — um ½% bis 1% höher lagen.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8; 10.1

Das Preis- und Lohngefüge wird gegenwärtig von verschiedenen, teils gegenläufigen Faktoren beeinflusst. Die lebhaft exportkonjunktur, die innig mit der Konjunkturbelebung in Westeuropa zusammenhängt, sowie die wachsende Nachfrage im Inlande nach Produktionsmitteln und Konsumgütern (Baukonjunktur, hohe Beschäftigung, flüssiger Geldmarkt, steigende Einkommen) bei zunehmenden Lohnkosten und gleichzeitiger Verknappung verschiedener Produkte schaffen ein günstiges Klima für Preiserhöhungen. Andererseits wirken die ruhige Entwicklung der Weltmarktpreise, die wachsende

¹⁾ Die Anleihe wird mit 150% ihres Nominalwertes bewertet, wenn sie zur Rückzahlung eines Fondsdarlehens in den ersten 10 Jahren seiner Laufzeit verwendet wird.

die Preise für assemblierte Fiat bereits zweimal in diesem Jahre aus Konkurrenzgründen ermäßigt haben, reagierten mit weiteren Preissenkungen ab 28. September.

Entwicklung der Preise für Steyr-Fiat Personenkraftwagen

Type	Vor 12. I. 1954	ab 12. I. 1954	ab 14. III. 1954	ab 28. IX. 1954
Topolino.....	100	86'4	67'7	60'9
500 C.....	100	83'7	74'5	67'3
1100 N.....	100	87'2	78'6	70'1
Steyr 2000, Luxus.....	100	89'2	81'5	74'9

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Index der Großhandelspreise* ist von Mitte August bis Mitte September um 0'4% gesunken. Dies geht vor allem auf den saisonbedingten Rückgang der Kartoffelpreise zurück (–13'8%). Da auch der Rindfleischpreis etwas gesunken ist, fiel der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um 1'2%. Der Teilindex für Industriestoffe stieg hingegen um 1%, da Holz, Kautschuk, Blei, Zink, in geringerem Ausmaß auch Zinn und Baumwolle teurer wurden. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt stieg der Gesamtindex um 6'3%; die Teilindizes für Nahrungs- und Genußmittel und für Industriestoffe lagen um 8'9% bzw. 2'9% höher.

Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes stieg im September geringfügig (0'3%), da die Verbilligung der Kartoffeln durch gleichzeitige Preissteigerungen für Eier und Holz überkompensiert wurde. Er überstieg den Vorjahresstand um 3'2%.

Der vom Institut berechnete *Index der Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) sank in der Berichtsperiode um 0'8%, da die saisonbedingten Verbilligungen von Obst, Gemüse und Kartoffeln (18 bis 25%) die – gleichfalls saisonbedingte – Verteuerung von Eiern (20%) leicht überwogen. Die übrigen Preisveränderungen gleichen einander aus: Einige Lebensmittel (Käse, Speiseöl, Hülsenfrüchte) wurden etwas billiger, Brennholz und Haushaltgegenstände aus Holz wurden teurer. Da die Preise der im Indexschema enthaltenen Schweinefleischsorte und des Speckfilzes erst gegen Monatsende infolge der Verteuerung auf dem Schweine-markte neuerlich anzogen, wurde der – per Monatsmitte berechnete – Lebenshaltungskostenindex davon noch nicht berührt. Die Steigerung des Index gegenüber dem Vorjahre beträgt 2'4%, der wöchentliche Gesamtaufwand ist um rund 10 S höher als vor einem Jahr.

Die *Lohnerhöhungswelle*, welche einer großen Anzahl von Arbeitern und Angestellten seit Jahresbeginn Lohn- und Gehaltssteigerungen gebracht hat,

die in den meisten Fällen zwischen 5 und 10% liegen, dehnt sich auf weitere Berufsgruppen und Bundesländer aus: Ab 20. September wurden die Tariflöhne in der Textilindustrie, mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg, um 8% gesteigert. Diese Regelung betrifft zwar nicht die Akkordlöhne, doch wird in der Textilindustrie zum großen Teil im Zeitlohn gearbeitet. Ab 4. Oktober wurden auch die Löhne der Arbeiter in der Süßwarenindustrie um 7%, die der Glas- und Gebäudereiniger in Wien um 5 bis 9% erhöht. Ferner wurden Ende August bzw. Anfang September die Löhne im Wiener Glasergerwerbe sowie im keramischen Gewerbe Wiens, Niederösterreichs und der Steiermark um 3 bis 6% gehoben. Ab 1. September stiegen in Wien und einigen Bundesländern die Löhne in der Knopfindustrie um 6%, ab 6. September in der Bettenindustrie um 9'5%.

In der Brotindustrie Salzburgs wurden die Löhne im September um 4% erhöht.

Im Anschluß an die Lohnerhöhung in der Textilindustrie wird gegenwärtig über Lohnforderungen in der Bekleidungsindustrie verhandelt. Neben einer allgemeinen Lohnerhöhung wird auch die Angleichung der Lohnsätze in den Bundesländern an die Wiener Tarifsätze verlangt. Auch die Schuharbeiter fordern Erhöhungen der Tarifsätze im Ausmaß bis zu 32%. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um ein Nachziehen der Mindestlohnsätze, während ein großer Teil der Facharbeiter im Akkordlohn arbeitet und bereits höhere Effektivlöhne als die geforderten neuen Mindestlöhne erzielt. Im Schuhmachergewerbe beträgt die Lohnforderung 12%. Die Arbeiter in der ledererzeugenden Industrie und in der Gerberei fordern eine Erhöhung der Tariflöhne um 10%, ferner eine Angleichung der Lohnsätze in den Bundesländern an den Wiener Tarif¹⁾. Ende September faßten auch die Bäckerei-arbeiter den grundsätzlichen Beschluß, eine Lohnforderung zu überreichen. Diese noch ausstehenden Forderungen stammen im wesentlichen von jenen Lohnempfängergruppen, die von den Lohnsteigerungen seit Jahresbeginn noch nicht erfaßt worden sind.

Außer den allgemeinen Kollektivverträgen für ganze Branchen wurden auch in einzelnen Betrieben Lohnerhöhungen teils erzielt, teils gefordert. Durch Streik erreichten die Arbeiter des Stahlwerkes und der Hochöfen in Donawitz Prämienerrhöhungen, welche im Durchschnitt 80 bis 100 S im Monat betragen. Der Facharbeitermangel im Baugewerbe führte dazu, daß von den Unternehmungen zum

¹⁾ Inzwischen wurde eine Lohnerhöhung um 6% vereinbart.

Teil höhere Löhne geboten werden. Auch in einer Anzahl anderer Betriebe wurden im Laufe der letzten Monate Löhne vereinbart, die beträchtlich über den kollektivvertraglichen Mindesttarifen liegen. Vielfach werden auch infolge der lebhaften Konjunktur durch Überstundenarbeit höhere Verdienste erzielt.

Mit 1. Oktober 1954 trat für die öffentlichen Bediensteten die 2. Etappe der Entnivellierung, die ursprünglich erst für Anfang 1955 vorgesehen war, in Kraft. Relativ am stärksten stiegen die Bruttogehälter der Beamten in den mittleren Kategorien (8 bis 9·5%), während in den höchsten Stufen die Gehaltserhöhung 7·5% beträgt und in den untersten Kategorien unerheblich ist. Damit ist der Valorisierungsfaktor gegenüber den Ansätzen des Gehaltsüberleitungsgesetzes bei den höheren Beamtenkategorien, der in der ersten Entnivellierungsetappe 4 betragen hat, auf 4·3 gestiegen. Auch das Spannungsverhältnis hat sich erhöht: Während vor der Entnivellierung der höchste Gehalt im Bundesdienst rund das 8fache des niedrigsten Gehaltes betragen hat, stieg dieses Verhältnis in der 1. Etappe (Juli 1953) auf das 8·8fache und in der 2. Etappe auf das 9·4fache. Die ursprünglich für Ende 1955 geplante 3. Etappe der Gehaltsnachziehungen wird auf den 1. Juni 1955 vorverlegt; danach wird der Valorisierungsfaktor gegenüber den Ansätzen des Gehaltsüberleitungsgesetzes in den höheren Kategorien 4·7 betragen, das höchste Spannungsverhältnis mehr als das 10fache.

Die geringfügige Senkung des *Index der Arbeiternettolöhne in Wien* (0·2%) geht darauf zurück, daß ab 1. September im Baugewerbe ein obligatorischer Zuschlag zur Arbeitslosenversicherung eingehoben wird, um die gesetzliche Schlechtwetterentschädigung zu finanzieren. Dieser Zuschlag, der 1% der Beitragsbemessungsgrundlage beträgt, wird je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Da der Index per Monatsmitte erstellt wird, konnte die 8%ige Lohnerhöhung für die Textilarbeiter, die erst am 20. September in Kraft trat, diesmal noch nicht berücksichtigt werden. Sie wird im folgenden Monat den Index um 0·9% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 0·7% (mit 2 Kinderbeihilfen) erhöhen, so daß der Index um 7·9% bzw. 6·5% über dem Vorjahresstand liegen wird.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Infolge übermäßiger Trockenheit konnte man mit dem Anbau von Wintergetreide großteils erst Ende September beginnen. Raps, im August gesät, lief zumeist gut auf. Die Erträge an Grummet und Stoppelklee in den östlichen Teilen Österreichs waren sehr gering. Die Kartoffelernte wird voraussichtlich um 12% hinter der vom Vorjahr zurückbleiben; sie ist aber noch um 15% höher als im Durchschnitt 1949/53 und um 17% höher als im Durchschnitt 1926/35. Die Rekordernte an Weintrauben macht die Winzer um den Absatz und Preis von

Wein besorgt. Zuckerrüben dürften einen niedrigeren Flächenertrag und eine geringere Zuckerausbeute als im Vorjahr liefern, doch wird die Gesamternte voraussichtlich um 10% höher ausfallen, da die Anbaufläche infolge verringerter Futterrüben- und Kartoffelflächen und durch die Bestellung ausgewinteter Raps-, Gersten- und Weizenäcker mit Rüben von 36.588 ha auf rund 42.500 ha¹⁾ zunahm.

Die Investitionsneigung der Landwirtschaft hält weiterhin an. Im Juli und August wurden 861 und 634 neue *Traktoren* behördlich zugelassen, gegen 571 und 360 im Juli und August des Vorjahres. Die Lieferfristen für Erzeugnisse aus dem Inland betragen 2 bis 3 Monate.

Der Drusch des Getreides ist nunmehr so weit gediehen, daß sich ein Bild über die *Flächenerträge* gewinnen läßt. In den Ländern Niederösterreich, Wien und Burgenland, auf die 60% der Körnerfruchtfläche entfallen, waren die Hektarerträge von Weizen und Roggen infolge Witterungsschäden um 15% und von Wintergerste um 20% niedriger als im Jahre 1953. Dagegen war der Ertrag von Sommergerste fast gleich hoch und von Hafer etwas höher als im Vorjahre. Wenn auch die Ergebnisse im gesamtösterreichischen Durchschnitt nicht ganz so günstig liegen dürften, so kann die Getreideernte 1954 doch als gut bezeichnet werden. Die Erträge an Brotgetreide dürften gleich hoch und die an Futter- und Industriegetreide (ohne Körnermais) um 10 bis 15% höher als im Durchschnitt der Jahre 1949 bis 1953 liegen. Verglichen mit dem langjährigen Vorkriegsdurchschnitt (1926/35) erzielten die Körnerfrüchte um ein Fünftel bis ein Viertel höhere Flächenerträge.

Die Anbauflächen von Weizen und Gerste nahmen nach vorläufigen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 10% und 1% zu, jene von Roggen und Hafer um 1% und 4% ab. Der niedrigere Flächenertrag und der Ernteverlust infolge Überflutung dürften den Gesamtertrag an *Brotgetreide* gegenüber dem Vorjahr um 100.000 bis 150.000 t und jenen an *Gerste* und *Hafer* um 50.000 t vermindern. Die Brotgetreideernte dürfte etwa 800.000 t betragen und ungefähr der Ernte des Jahres 1950 gleichkommen. Die Landwirtschaft wird daher 100.000 bis 150.000 t weniger Weizen und Roggen als im letzten Erntejahr auf den Markt bringen können. Da die Lagervorräte knapp vor der Ernte verhältnismäßig niedrig waren, wird der Einfuhrbedarf an Brot- und Futtergetreide entsprechend steigen:

¹⁾ Laut Bodennutzungserhebung wurden 43.363 ha Zuckerrüben gesät, doch ging ein Teil der Rüben durch Überschwemmung zugrunde.

Im August brachte die Landwirtschaft 65.020 t Weizen und 30.283 t Roggen auf den Markt, 11% und 29% (insgesamt 17%) weniger als im August des Vorjahres. Da die Getreideumsätze im Juli sehr niedrig waren, blieb das gesamte Angebot an Brotgetreide bis Ende August (109.892 t) um 50.826 t oder 32% (Weizen um 28%, Roggen um 37%) hinter dem vom Vorjahr zurück. Oberösterreich mit knapp 10% der Getreideumsätze hatte heuer eine besonders späte Ernte: dort wurden im Juli und August nur 7.904 t Brotgetreide aus der Inlandsproduktion auf den Markt gebracht, gegen 13.887 t und 17.709 t in den gleichen Monaten 1953 und 1952. Das Angebot an Weizen (4.188 t gegen 8.605 t bzw. 11.006 t) ging stärker zurück als an Roggen (3.716 t gegen 5.282 t bzw. 6.703 t). Einige Fakten sprechen dafür, daß der Angebotsrhythmus heuer etwas anders abläuft und im Herbst relativ mehr Brotgetreide auf den Markt kommen wird. So war z. B. nicht nur die Ernte später als sonst, sondern die Landwirtschaft war auch dank Investitionskrediten und infolge höherer Schlachtviehpreise liquider als im vorigen Sommer. Außerdem legten die jahreszeitig stärker gestaffelten Preise nahe, das Getreide vorübergehend in den landwirtschaftlichen Betrieben zu lagern und erst zu einem späteren Termin abzugeben.

Während der Absatz im Vorjahr zeitweise stockte, wird Brotgetreide heuer von den Handels- und Verarbeitungsbetrieben laufend übernommen, um so mehr, als die Lagerbestände niedriger sind und Kapitalzinsen und Lagerspesen unter gewissen Voraussetzungen zum Teil vergütet werden¹⁾. Außerdem hat das Landwirtschaftsministerium verfügt, daß alle Handelsmühlen einen bestimmten Anteil an inländischem Weizen (50 bis 60%) vermahlen müssen²⁾; in der Praxis erreicht man dies in der Weise, daß ausländischer Qualitätsweizen nur nach Maßgabe des Ankaufes von Inlandsgetreide zugeteilt wird. Da die eigene Ernte nach Menge und Güte weniger gut ausgefallen und der Vorrat an ausländischem Qualitätsweizen verhältnismäßig gering ist, wird man die Importpolitik bei Brotgetreide nunmehr ziemlich elastisch handhaben müssen. Schwierigkeiten, wie sie in den letzten Monaten bei der Zuteilung von Qualitätsweizen auftraten, könnten so vermieden werden.

¹⁾ Für Kredite zur Finanzierung des Ankaufes von inländischem Getreide werden den Mühlen Zinsen bis 6,5% p. a. ersetzt, jedoch nur für jene Mengen, die über einen Vorrat von zwei Monaten hinausgehen; Lagerspesen werden nur bei notwendiger Fremdlagerung vergütet.

²⁾ Bis Mitte 1953 wurde in den südlichen und westlichen Bundesländern vorwiegend Auslandsweizen vermahlen, da der Transport von Getreide über die Grenzen einer Besatzungszone beschränkt war.

Die Lage auf den meisten europäischen Getreidemärkten ist der in Österreich ähnlich. Der Importbedarf ist heuer allgemein größer. Die Vorräte an Importware sind zumeist gering. Aber auch in wichtigen Exportländern ist die Weizenproduktion zurückgegangen. In den USA schätzt man den Weizenantrag auf 26,2 Mill. t gegen 31,8 Mill. t im Vorjahr, in Kanada auf 14 Mill. t gegen 16,7 Mill. t und in Argentinien (Ernte 1953/54) auf 6 Mill. t gegen 7,6 Mill. t. Die Preise auf den Terminmärkten haben infolge der steigenden Nachfrage aus Europa kräftig angezogen, besonders bei Roggen. Dennoch ist keine Verknappung zu befürchten, da allein die Vorräte (46 Mill. t), die sich nach mehreren Rekordernten in den führenden Exportländern angesammelt haben, größer sind als der Gesamtimportbedarf für ein Jahr. Immerhin muß aber damit gerechnet werden, daß die Exportstaaten kaum noch den Weizenpreis auf den im Internationalen Weizenabkommen fixierten Mindestpreis (155 Cent pro bushel) senken werden, womit man noch vor wenigen Monaten angesichts der völligen Stagnation am Weltgetreidemarkt rechnen durfte.

Die Schlachtviehmärkte wurden im September durchwegs besser mit Inlandsvieh versorgt als im August, doch blieb das Angebot zum Teil erheblich hinter dem vom September 1953 zurück. Auf den Wiener Markt lieferte die heimische Landwirtschaft im Wochendurchschnitt 1% mehr Schweine (lebend und gestochen), 20% mehr Rinder, 37% mehr Rindfleisch und 16% mehr Kälber (lebend und gestochen) als im August; gegenüber September 1953 war das Inlandsangebot bei Schweinen um 32%, bei Rindern um 16%, bei Rindfleisch um 19% und bei Kälbern um 3% kleiner. Der Anteil der Importe am Wiener Markt betrug im Wochendurchschnitt bei Schweinen 29% und bei Rindvieh 10% vom gesamten Angebot. (Im Vorjahr lieferte das Ausland kein Schlachtvieh nach Wien.) Das gesamte Fleischangebot in Wien nahm gegenüber dem Vormonat um 16% zu, es war jedoch um 5% niedriger als im September 1953.

Der Schweinemarkt wird trotz den geplanten Importen³⁾ voraussichtlich weiterhin fest bleiben. Schlachtschweine aus dem Ausland waren schon bisher relativ zu teuer, zum Teil mußten Mittel aus dem Schmalzausgleichsfonds eingesetzt werden, um die Importpreise auf das niedrigere Preisniveau im Inland herabzuschleusen. Inzwischen haben die Preise

³⁾ Im Oktober sollen wöchentlich etwa 4.000 Schlachtschweine importiert werden; im Juli, August und September erreichten die Einfuhren wöchentlich rund 1.250, 1.900 und 3.000 Stück.

im Ausland noch angezogen. Um den Schweinemarkt zu stabilisieren, sind daher größere Stützungsbeträge notwendig geworden. Doch dürfte der Rindermarkt in der nächsten Zeit marktausgleichend wirken, da höhere Auftriebe an Schlachtrindern die Rindfleischpreise senken und die Nachfrage mehr auf Rindfleisch verlagern werden.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Nachfrage der österreichischen Wirtschaft — vor allem der Industrie — nach Kohle, flüssigen Brennstoffen und elektrischer Energie nimmt mit steigender Produktion weiter zu. Da auch die schon lange rückgängigen Kohlenlagerbestände bei vielen Großverbrauchern bis Mitte 1954 auf ein Minimum gesunken sind, müssen außerdem noch zusätzliche Bestellungen zur Auffüllung der Lager befriedigt werden.

Lagerbestände der Kohlenverbraucher am 30. Juni¹⁾

Jahr	Tonnen ²⁾
1950	896.000
1951	788.000
1952	1.252.000
1953	752.000
1954	529.000

¹⁾ Ausgenommen Hausbrandbezieher. — ²⁾ Steinkohlenbasis.

Die Vorräte deckten in diesem Jahre um die Jahresmitte — bezogen auf den jeweiligen Verbrauch in dem entsprechenden Halbjahr — nur mehr einen Bedarf von 22 Tagen, während sie im Vorjahre und im Jahre 1952 noch für 33 und 50 Tage reichten.

Der heimische Kohlenbergbau hat die arbeits-tägige Förderung im August um 12,5% gesteigert und um 14,1% mehr Kohle gefördert als im August 1953. Die Mehrförderung wird überwiegend von der Industrie und den Dampfkraftwerken aufgenommen. Der Hausbrand und die Bahnen beziehen zwar ebenfalls mehr als im Vorjahre, doch weniger als man erwartet hatte. Die Inlandsgruben liefern derzeit mehr als zwei Drittel an Industrie und Kraftwerke.

Die für Investitionen im Kohlenbergbau verfügbaren Mittel sollen im Jahre 1954 in erster Linie für den Ausbau der niederösterreichischen und burgenländischen Gruben verwendet werden. In den anderen Bundesländern werden nur begonnene Investitionen weitergeführt. Im Herbst dürfte u. a. die neue Brikettieranlage in Oberösterreich den Betrieb aufnehmen können. Der neu eingeführte Wertzoll für Braunkohlenbriketts, der vorläufig noch gestundet wird, reicht aus, der neuen Anlage einen konkurrenzfähigen Start zu sichern.

Die Kohleneinfuhr ist wegen der höheren Inlandsnachfrage in den letzten beiden Monaten stärker gestiegen. Zugenommen haben besonders die Steinkohlenimporte aus der Ruhr, während die polnischen Lieferungen hinter den vereinbarten Mengen zurückgeblieben sind. Zum Ausgleich wurden die Abschlüsse mit den anderen Lieferländern — Kohle ist auf den internationalen Märkten reichlich verfügbar — erhöht. Seit einigen Monaten wird auch wieder amerikanische Steinkohle in größeren Mengen importiert. Die Braunkohleneinfuhr, die fast nur mehr Briketts aus West- und Ostdeutschland umfaßt, sinkt weiter und dürfte in Zukunft, wenn inländische Briketts verfügbar sein werden, noch mehr zurückgehen. Die Kapazität der österreichischen Anlage wird vorläufig allerdings nur etwa ein Drittel der jetzigen Einfuhr erreichen.

Die Stromversorgung konnte dank reichlichen Niederschlägen auch im August ohne übermäßige Beanspruchung der Dampfkraftwerke gesichert werden. Die gesamte Stromerzeugung war mit 739 Mill. kWh um 14,4% höher als im Vorjahre. Davon stammten nur 51 Mill. kWh aus Dampfkraftwerken, wo sie zum größten Teil aus Erdgas (27 Mill. kWh) und inländischer Braunkohle (23 Mill. kWh) erzeugt wurden. Da die Kohleanlieferungen größer waren als der laufende Verbrauch, stiegen die Brennstoffvorräte bis Ende August von 169.121 t (SKB) auf 202.122 t. An Heizöl sind nur 5.286 t vorrätig. Die Beschaffung des für den Winterbetrieb notwendigen Heizöls (im Vorjahr wurden 65.000 t verbraucht) dürfte in diesem Jahre schwierig werden.

Der Stromverbrauch im Inlande war auch im August wieder um 13,4% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Es ist allerdings anzunehmen, daß diese Steigerungsrate, allmählich wieder abnimmt. Der Verbrauch stieg seit dem Vorjahre fast ausschließlich durch den Mehrbezug der Industrie. Einer weiteren Ausdehnung der Industrieproduktion sind aber allmählich Grenzen gesetzt. Die stürmische Zunahme der Produktion seit Jahresbeginn kann aus Kapazitätsgründen nicht mehr unbegrenzt lange anhalten. Die Industrieproduktion und damit der Stromverbrauch der Industrie werden daher auch bei anhaltender Konjunktur allmählich nur mehr im Umfange der normalen Zuwachsrate steigen können.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Industrieproduktion hat in den Sommermonaten trotz der Urlaube das hohe Niveau der Vormonate gehalten. Der Produktionsindex ging im Juli nur geringfügig (um 2,2%) zurück und war

noch immer um 13'5% höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Nach den bisher vorliegenden Daten für August und den Ergebnissen aus dem Konjunkturtest des Institutes hielt die günstige Konjunkturlage auch im Frühherbst an. Während die schon bisher voll ausgelasteten Industriezweige, wie z. B. die Magnesit-, eisenschaffende, Metallhütten- und Papierindustrie, unverändert mit voller Kapazität produzieren, hat die Konjunktur in der letzten Zeit auch auf die Investitionsgüterindustrien stärker übergegriffen. Die Auftragseingänge in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie nehmen rasch zu und haben schon im Juli und August zu erheblichen Produktionssteigerungen geführt. Im Zusammenhang damit hat auch die Erzeugung in der Gießereiindustrie (Vorlieferant) sprunghaft zugenommen.

Die Herbstsaison dürfte heuer die Investitionsgütererzeugung besonders beleben und weit über das Vorjahresniveau steigern. Der etwas verspätete Beginn ihrer Konjunktur ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Zu Anfang des Jahres wurde sie in erster Linie durch verstärkte öffentliche Investitionen angeregt. Dadurch wurde außer einigen Sparten der Elektroindustrie vor allem die Bauwirtschaft stärker begünstigt. Die Investitionsneigung der Unternehmer hingegen nahm erst später zu, als die um sich greifende Konjunkturbelebung auch ihre Zukunftserwartungen besserte. Die Nachfrage nach Investitionsgütern im 2. Halbjahr dürfte vom Exportförderungsgesetz — das die Abschreibung stark begünstigt — sehr gesteigert worden sein. Außerdem läuft Ende 1954 die Verwendungsfrist für die Investitionsrücklage II ab und zwingt jene Betriebe, die diese Rücklagen noch nicht voll aufgelöst haben, die noch offenen Beträge bis Jahresende zu investieren. Da die ursprünglich beantragte neuerliche Verlängerung dieser Frist um ein weiteres Jahr nicht gewährt wird, häufen sich die zum Jahresende terminisierten Bestellungen sprunghaft.

Im Gegensatz zu den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien bleibt die Lage in den traditionellen Konsumgüterindustrien ziemlich stabil. Die Inlandumsätze des Textileinzelhandels haben zwar gegenüber dem Vorjahre (preisbereinigt) um 7'2% zugenommen, blieben aber damit beträchtlich hinter der allgemeinen Entwicklung der Konsumentennachfrage zurück. Dazu kommt noch, daß der heimischen Textilindustrie die Nachfragesteigerung nicht voll zugute kam, weil auch mehr Textilien als im Vorjahre importiert wurden, was vor allem die Seiden-, Leinen- und Teppichindustrie traf. In der Schuhindustrie sind Nachfrage und Erzeugung in

den letzten Monaten sogar schwächer geworden. Sie erreichen nur noch knapp den Vorjahresstand. Die Erzeugung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist bisher nicht über das Vorjahresniveau gestiegen und die der Tabakindustrie ist sogar um 10'4% zurückgeblieben.

Im überwiegenden Teil der Industrie sind nur noch wenig Kapazitätsreserven verfügbar. Voll verwendungsfähige Arbeitskräfte werden knapp und die Produktion kann meist nur erhöht werden, wenn die Produktivität verbessert wird. Nur in den typischen Konsumgüterindustrien (Textilindustrie) stünden noch genügend Kapazitäten frei. Da aber ihre Exporte kaum stärker ausgeweitet werden können, müßten alle Hoffnungen auf eine Belebung des Inlandsmarktes gesetzt werden.

Wenn auch die Inlandskonjunktur in der letzten Zeit in allen Branchen mit Ausnahme der traditionellen Konsumgüter zugenommen hat, so sind doch noch immer die Exporte die Hauptstütze der Konjunktur. Die Exportquote (Exporte in Prozenten der Industrieproduktion) bleibt unverändert hoch. Sie betrug heuer im Durchschnitt der ersten sieben Monate 28'6% und war damit um 15'8% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Exportvolumen war um 31'0% höher. Da die Industrieproduktion gleichzeitig um 12'6% zugenommen hat, bedeutet dies, daß fast 60% des Produktionszuwachses gegenüber dem Vorjahre im Auslande abgesetzt worden sind. Selbst in den Monaten Mai bis Juli, für die erst vollständige Daten vorliegen, wurden noch immer 48% des Produktionszuwachses gegenüber der gleichen Vorjahreszeit exportiert.

Wiewohl die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahre stark zugenommen hat und weiter expandiert, konnte bisher die Nachfrage nach in- und ausländischen Rohstoffen und Vorfabrikaten gedeckt werden. Nur für die Papierindustrie wird es allmählich schwierig, ihren steigenden Schleifholzbedarf zu erträglichen Preisen zu decken. Die Rohstoffimporte haben von Jänner bis August gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 22'7% zugenommen, also etwas stärker als das Volumen der Industrieproduktion. Mit einem Teil der Importe dürften in der letzten Zeit die Lager aufgefüllt worden sein. Eine stärkere Lagerhausse ist aber bisher nicht festzustellen.

Dank höherer Kohlenförderung und Zunahme der Förderung von Blei, Zinkerz, Kupfererz und Quarzit ist der arbeitstägige Index der Bergbauproduktion im August trotz Urlaubssaison um 1'8% gestiegen und lag um 10'8% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Von Jänner bis August produ-

zierten die Bergbaubetriebe um 11'0% mehr als i. J. 1953, wiewohl die Zahl der Beschäftigten gleichzeitig fast unverändert blieb.

Die größten Fortschritte seit dem Vorjahre wurden — außer im Kohlenbergbau — vor allem im Graphit-, Kaolin-, Talkum- und Quarzitbergbau erzielt. Die Erzbergbaue (Eisen-, Kupfer- und Bleierzbergbau) halten annähernd die Vorjahresförderung.

Im Salzbergbau hat die Solegewinnung stärker (um 11'4%) zugenommen, weil die Produktion der nachgelagerten chemischen Betriebe floriert. Die Erzeugung von Sudsalz nahm ebenfalls um 12'3% zu.

In den letzten Monaten wurde das Investitionsprogramm der österreichischen Salinen, für das seit Kriegsende über 100 Mill. S ausgegeben wurden, vorläufig abgeschlossen. Während man unmittelbar nach dem Kriege beabsichtigte, veraltete Werke stillzulegen, hat man später das Investitionsprogramm doch wieder auf alle Betriebe ausgedehnt. Vor allem hat man die Wärmewirtschaft in den Salinen modernisiert, um den hohen Brennstoffverbrauch der Sudhütten zu senken. In den heuer fertiggestellten Anlagen in Ebensee und Bad Ischl wird der Brennstoffverbrauch je Tonne Sudsalz nur mehr knapp ein Drittel des bisherigen betragen. Im nächsten Jahr soll noch die Saline in Bad Aussee modernisiert werden.

Die Auftragslage der *eisenschaffenden* Industrie konsolidiert sich allmählich. In den letzten Monaten haben auch die Inlandsaufträge wieder zugenommen und die Gefahren einer zu einseitigen Exportorientierung gemildert. Die Produktion läuft nach wie vor auf vollen Touren. Die Stahl- und Walzwerkserzeugung war von Jänner bis Juli um 35'8% und 32'0% höher als im Vorjahre. Nur die Roheisenerzeugung mußte wegen des Exportrückganges eingeschränkt werden.

Auch auf dem Edelstahlsektor konnte in den letzten Monaten der Inlandsabsatz ausgeweitet werden. Die bessere Auftragslage der Maschinen- und Werkzeugindustrie hat vor allem deren Nachfrage nach Edelstahl gesteigert. Der Auslandsabsatz ist nach wie vor schwierig. Die Verhandlungen mit der Montanunion wegen einer Sonderregelung für die österreichischen Edelstahlexporte haben noch nicht zu dem erhofften Erfolg geführt.

In Kürze wird das letzte große Investitionsvorhaben der Schwerindustrie, die neue Profilstrecke der Alpine, fertig werden und die über 50-Jahre alte Anlage ablösen. Die neue wird den Ausstoß an Walzprofilen beträchtlich rationalisieren und steigern.

Die großen Investitionen der letzten Jahre erhöhen auch die Produktivität stärker als bisher. In

der eisenschaffenden Industrie stieg im Durchschnitt des 1. Halbjahres die Produktion um 23'5% über die des Vorjahres, während die Zahl der Beschäftigten in der gleichen Zeit geringfügig abnahm.

Die *Metallhütten* und die Halbzeugbetriebe der Metallindustrie sind unverändert gut beschäftigt. Die Aluminiumerzeugung erreichte im August mit 6.288 t (nahezu das Doppelte einer Vorkriegs-Jahresproduktion) einen neuen Höhepunkt.

In der *Gießereiindustrie* haben die Aufträge in der letzten Zeit sprunghaft zugenommen und vor allem die Produktion von Grauguß auf einen für die Sommerzeit ungewöhnlichen Höhepunkt geführt. Im Juli wurde erstmals sogar der Ausstoß des Rekordjahres 1951 überboten. Neben den Graugießereien sind vor allem die Temper- und die Leichtmetallgießereien viel besser beschäftigt als im Vorjahre, während die Schwermetallgießereien die Vorjahresproduktion nur knapp erreichen. Von Jänner bis Juli war der Index der Gießereiindustrie um 16'9%, im Juni und Juli aber schon um 22% und 43'4% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Rekordnachfrage nach Kraftfahrzeugen hält unvermindert an und sichert auch der heimischen *Fahrzeugindustrie* einen hohen Absatz. Aber auch der Export ist günstig. Die Produktion von Motorrädern wird noch immer annähernd zur Hälfte exportiert. Auch Diesellastwagen fragt das Ausland stärker als bisher nach. In den letzten Monaten hat sich außerdem der Traktorenexport, der vorübergehend nachgelassen hatte, wieder kräftig erholt. Schließlich konnte auch die Fahrradproduktion dank steigenden Lieferungen für das Inland und den Export erheblich ausgeweitet werden.

Der Index der Fahrzeugindustrie war von Jänner bis Juli um 14'5%, in den letzten drei Monaten (Mai bis Juli) schon um 33'1% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, während die Zahl der Beschäftigten gegenüber Juli des Vorjahres nur um 2% gestiegen ist.

Die Anfang Oktober verfügte Senkung der Einfuhrzölle für Personenkraftwagen auf 20% des Wertes dürfte den Kraftfahrzeugmarkt neuerlich kräftig beleben. Da die Zölle bisher nach dem Gewicht der Fahrzeuge berechnet wurden, ist die Zollersparnis bei schweren Gebrauchswagen aller Kategorien größer als bei leichteren aber teureren Sportwagen. Fabriksneue Fahrzeuge werden sich um mindestens 10%, einzelne Typen sogar um 15% billiger stellen. Die Preissenkung ist ebenso groß wie die anlässlich der Liberalisierung, die den Import sprunghaft gesteigert hat.

Auch die Steyr-Werke, die nach der Liberalisierung mit den von ihnen assemblierten Fiat-Wagen ihren Platz auf dem österreichischen Markt behaupten konnten, haben unmittelbar nach Bekanntgabe der Zollsenkung die Preise ihrer Assemblingwagen um 12% gesenkt. Der Preis der Type Steyr 2000 wurde nur um 5% gesenkt, weil hier in größerem Umfange inländische Teile (Motor) verwendet werden.

Noch stärker als den Import neuer Personenwagen wird die Zollsenkung den Gebrauchtwagenmarkt beeinflussen. Da die Zölle bisher auch bei Gebrauchtwagen vom Fahrzeuggewicht berechnet wurden und gleich hoch wie für neue Fahrzeuge waren, machten sie jede Einfuhr praktisch unmöglich, weil sich Zollbelastungen von 100% und mehr ergeben hätten. Auf dem inländischen Markt wurden daher, abgesehen von Fahrzeugen der Besatzungsmächte, nur gebrauchte Wagen aus dem inländischen Bestand angeboten. Auch hier hatten die Preise zwar schon gelegentlich der Liberalisierung nachgegeben; sie blieben aber bei den gängigen Typen jüngerer Baujahre noch immer verhältnismäßig hoch, weil das Angebot gering war. Nur ganz alte Fahrzeuge (zumeist aus der Vorkriegsproduktion) waren billiger. Die Preise für Wagen mit einem Hubraum über 2.500 ccm sanken nur deshalb tief, weil die starke Progression der Steuer für Kraftfahrzeuge (soweit sie nicht über 13 Jahre alt sind) prohibitiv wirkte.

In Zukunft ist auch die Einfuhr von Gebrauchtwagen nur mehr mit einem Wertzoll von 20% belastet. Da in Deutschland und in der Schweiz große Bestände an gebrauchten Fahrzeugen jüngerer Baujahre vorhanden sind und ihre Preise weit unter den bisherigen Inlandspreisen liegen, dürfte der Inlandsmarkt bald auch reichlich mit guten Gebrauchtwagen versorgt werden.

Die Maschinenindustrie erwartet ein besonders lebhaftes Herbstgeschäft. Die Nachfrage hat stark zugenommen. Teilweise müssen die Lieferfristen schon verlängert werden. Die durch die anhaltende allgemeine Konjunkturbelebung wieder geweckte Investitionsneigung der Unternehmer wird gegenwärtig durch „Bilanzbestellungen“ im Hinblick auf die Abschreibungsbegünstigungen des Exportförderungsgesetzes, sowie durch Bestellungen zwecks Verwendung der Investitionsrücklage II erheblich verstärkt.

Die Produktion der Maschinenindustrie, die im Durchschnitt des I. Quartals 1954 noch um 8,4% geringer war als im Vorjahre, lag im Juni und Juli (arbeitstägig gerechnet) schon um 11,3% und 25,1% über dem Vorjahresstand. Auch in dieser Branche

erhöhte die Produktionsausweitung die Beschäftigung nur wenig.

Aus Saisongründen und wegen Betriebsferien ging die Produktion der Elektroindustrie im Juli um 14,3% zurück. Die Auftragslage ist aber unverändert günstig. Besonders die Starkstromindustrie produziert mit voller Kapazität. Nur die Schwachstromindustrie hat noch freie Kapazitäten. Sie gehen jedoch weit über die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes hinaus. Exporte aber sind vielfach aus Konkurrenzgründen nicht möglich.

Die Baustoffproduktion lief auch den Sommer über auf vollen Touren. In den ersten sieben Monaten standen der österreichischen Wirtschaft um 18% mehr Baustoffe zur Verfügung als im Vorjahre. Dieses Angebot genügte den Anforderungen der Bauwirtschaft; Versorgungsschwierigkeiten traten bisher nicht auf. Regionale Übernachtfrage konnte zumeist durch Bezüge aus anderen Gebieten gedeckt werden. Hingegen reichte heuer die durch Arbeitskräftemangel begrenzte Kapazität des Baugewerbes nicht aus, die Nachfrage nach Bauleistungen zu decken. Die einzelnen Baustellen wurden deshalb meist mit zu wenig Arbeitskräften besetzt, so daß Verzögerungen im Bau unvermeidlich waren. Die Saison dürfte deshalb heuer länger dauern als in normalen Jahren und bis in den Spätherbst ein großes Arbeitskräftepotential binden. Außerdem haben die öffentlichen Auftraggeber Aufträge z. T. bis zum Herbst zurückgehalten.

Auch in der chemischen Industrie wirkte sich die Urlaubssaison stark aus. Da außerdem noch einige Betriebe wegen Hochwasserschäden die Erzeugung vorübergehend drosseln oder sogar einstellen mußten, sank der Index der Chemieproduktion im Juli um 16,2%. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes erwarten die meisten Sparten der chemischen Industrie ein gutes Herbstgeschäft.

Die Papierindustrie produziert weiter mit voller Kapazität. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis August war ihr Index um 28,9% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Beschäftigten hat in der gleichen Zeit nur um 3,8% zugenommen. Die Versorgung mit Schleifholz wird immer schwieriger, weil die hohen Preise auf den Exportmärkten das heimische Angebot verknappen.

Der Index der Leder- und Schuhindustrie ging im Juli wegen der in dieser Branche üblichen geschlossenen Betriebsurlaube um 36,5% zurück. Er war damit fast gleich hoch wie zur selben Zeit des Vorjahres. Die Inlandsnachfrage hat gegenüber dem Vorjahre nicht zugenommen. Die Leder- und Schuhindustrie ist der von der Konjunktur bisher am

wenigsten berührte Industriezweig. Sie ist der einzige Industriezweig, der das Niveau der Vorkriegsproduktion noch immer nicht erreicht hat.

Auch die *Textilindustrie* hat bisher an der allgemein günstigen Konjunktur verhältnismäßig nur schwachen Anteil. Ihre Produktion war zwar im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres um 9,0% höher als im Vorjahre, hat sich aber von dem schweren Rückschlag i. J. 1952 (als die Produktion innerhalb weniger Monate — von Jänner bis August — um 42,6% zurückging) noch immer nicht ganz erholt. Die meisten anderen Industriezweige haben inzwischen die Produktion des Konjunkturjahres 1951 zumeist weit überschritten. Im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli 1954 war der saisonbereinigte Index der Textilproduktion noch immer um 5,4% niedriger als zur Zeit des Höchststandes um die Jahreswende 1951/52.

Der Export, der schon im Herbst 1952 den Tiefpunkt der Depression überwinden half und während des ganzen Jahres 1953 die einzige Konjunkturstütze der Textilindustrie bildete, ist auch jetzt noch der wichtigste Faktor für die Aufrechterhaltung des Produktionsvolumens. Die Nachfrage auf dem heimischen Markte blieb seit dem Konjunkturrückschlag bis zum heurigen Frühjahr niedrig. Erst in den letzten Monaten nahm sie etwas zu. Die Mengenumsätze im Textileinzelhandel waren heuer im Durchschnitt der Monate Jänner bis August nur um 7,0% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber um 1,6% geringer als i. J. 1951.

Da die Exportkonjunktur seit ihrem Beginn hauptsächlich auf Zellwollerzeugnisse und Stickereien begrenzt blieb, war die Entwicklung in den einzelnen Sparten der Textilindustrie sehr uneinheitlich. Bezogen auf den Jahresdurchschnitt 1951, dem bisher besten Konjunkturjahr der Textilindustrie, war die Erzeugung heuer im Durchschnitt Jänner bis Juli bei Zellwollgarnen und -geweben um 50,8% und 29,7% größer, während die Erzeugung von Baumwoll- und Schafwollgarnen und von Baumwoll- und Schafwollgeweben um 10,1%, 13,7%, 10,1% und 31,2% niedriger war. Auch die Bastfaserindustrie erreicht heuer bei weitem nicht das frühere Produktionsniveau. Die Seidenwebereien erzeugen gegenwärtig zwar mehr als im Jahre 1951, litten aber damals noch zum Teil unter Rohstoffmangel oder waren mit ihren Erweiterungsinvestitionen noch nicht fertig. Die jetzt vorhandene Kapazität kann bei weitem nicht voll ausgenützt werden.

Textilimporte dürften die Entwicklung des heimischen Absatzes bisher nicht ernstlich gefährdet haben. Die Importe haben im 1. Halbjahr 1954

gegenüber dem Vorjahre zwar zugenommen. Die Mehrimporte betrafen aber hauptsächlich Garne sowie solche Spezialgewebe und Teppiche, die im Inlande nicht erzeugt werden. Die Einfuhr von Geweben aller Art blieb praktisch unverändert.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.8

Der Geschäftsgang des Einzelhandels war im August saisonbedingt ruhig. Die Umsätze nahmen gegenüber Juli um 4% ab, während sie im August vergangener Jahre infolge außersaisonmäßiger Einflüsse nur bis um 2% gesunken oder sogar leicht gestiegen waren. Trotzdem wurde wertmäßig um 12%, mengenmäßig um 7% mehr verkauft als im Vorjahr. Das Umsatzvolumen von August 1951 und 1952 wurde um nahezu 20% übertroffen.

Die einzelnen Bundesländer, Betriebsformen und Branchen schnitten allerdings sehr unterschiedlich ab. In den westlichen Bundesländern, insbesondere in Tirol und Salzburg, haben dank dem lebhaften Fremdenverkehr die Umsätze in vielen Branchen (hauptsächlich im Textil-, Leder-, Schuh- und Lebensmittelhandel) von Juli auf August beträchtlich zugenommen. In Oberösterreich wurde der Geschäftsgang noch durch das Welser Volksfest belebt. Wie immer haben auch diesmal die Warenhäuser von den Saisonräumungsverkäufen, die heuer allgemein erst im August begonnen haben, stärker profitiert als die Fachgeschäfte. Da sie dank ihrer Betriebsgröße in der Lage sind, ein reichhaltiges Sortiment zu reduzierten Preisen anzubieten, üben sie eine große Anziehungskraft auf die Konsumenten aus. Dadurch konnten die Warenhäuser ihre Umsätze von Juli auf August um 18% erhöhen, während sie in Jahren, in denen die Saisonräumungsverkäufe schon im Juli begannen, bis um 7% weniger verkauft haben. Die Umsätze der Konsumgenossenschaften, die im August gewöhnlich nur geringfügig gesunken oder sogar leicht gestiegen waren, nahmen heuer um 10% ab, vor allem, weil sie schon im Juli übersaisonmäßig hoch waren.

Von den erfaßten Branchen konnte bloß der Handel mit Textilien, Möbeln, Teppichen, Gardinen und Papierwaren höhere Umsätze als im Juli erzielen. Alle übrigen meldeten Umsatzrückgänge. Dank der lebhaften Nachfrage während der Saisonräumungsverkäufe in den Warenhäusern stiegen die Gesamtumsätze von *Textilien* um 2%, wiewohl die Fachgeschäfte meist weniger verkauften als im Juli. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde um etwa 5% übertroffen. Neben Meterware wurden vor allem mehr Wäsche, Wirk- und Strickwaren abgesetzt als

vor einem Jahr. Die Umsätze von Oberbekleidung waren dagegen verhältnismäßig schwach. Infolge des späten Termins der Saisonräumungsverkäufe war auch der Geschäftsgang des *Schuhhandels* besser, als man saisongemäß erwartet hätte. Die Umsätze nahmen nur um 2% ab, während sie in anderen Jahren um 8 bis 9% fielen. Die Verkäufe vom Vorjahr, die im Juli nicht mehr erreicht worden waren, wurden wieder um etwa 6% überschritten.

Die in den letzten Monaten lebhafte Nachfrage nach *Möbeln*, *Teppichen* und *Gardinen* ließ im August wieder nach. Die Umsätze nahmen zwar entgegen den Saisonserwartungen um 9% zu, jedoch hauptsächlich, weil die Möbelpreise um 8 bis 10% erhöht wurden. Das Umsatzvolumen des Vorjahres, das in den letzten Monaten um durchschnittlich 30% überschritten worden war, wurde nur noch um 10% übertroffen. *Hausrat*, *Glas*, *Porzellan* wurden um 6% weniger verkauft als im Vormonat, aber um 10% mehr als im August 1953.

Da die Urlaube des Wetters wegen heuer stärker als sonst in den August verlegt wurden, gingen die Umsätze des *Lebensmitteleinzelhandels* von Juli auf August um 5% zurück, während sie in anderen Jahren meist zugenommen haben. Das Umsatzvolumen vom Vorjahr wurde um etwa 10% übertroffen. Die Käufe von *Tabakwaren* gingen um 2% zurück; sie waren wertmäßig um 7% höher, mengenmäßig aber um gleichviel niedriger als vor einem Jahr.

Verhältnismäßig gut gingen die unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren. Die Umsätze nahmen meist weniger ab (Parfumeriewaren, Spielwaren) oder mehr zu (Papierwaren) als in früheren Jahren. Sie waren im Durchschnitt wertmäßig um 18%, mengenmäßig um 12% höher als im Vorjahr.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) ist im August um 4% auf 478 Mill. S gestiegen und war um 15% höher als im Vorjahr. Da die Einzelhandelsumsätze im Juli um 6% zugenommen haben und um 17% höher waren als vor einem Jahr, kann man schließen, daß der Geschäftsgang in den übrigen Wirtschaftszweigen schwächer war als im Einzelhandel.

An *Verbrauchssteuern* gingen im August 217 Mill. S ein, um 12% mehr als im Vormonat und um gleichviel mehr als im August 1953. Gegenüber Juli sind vor allem die Erträge der Tabak- (+ 9%), Zucker- (+ 65%), Mineralöl- (+ 25%), Salz- (+ 4%) und Zündmittelsteuer (+ 175%) gestiegen. Die Weinsteuer brachte um 4%, die Biersteuer um 1% weniger ein als im Vormonat. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entfällt hauptsächlich auf die Tabak- (+ 10%) und die Mineralölsteuer (+ 36%).

Im Wirtschaftsjahr 1953/54 (1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954) wurden insgesamt 183.100 t Zucker abgesetzt gegen 173.700 t im Vorjahr. Tatsächlich dürfte jedoch der Zuckerverbrauch kaum so stark zugenommen haben, da der verhältnismäßig geringe Absatz des Vorjahres vor allem auf den Abbau von Vorräten aus dem Jahre 1951/52 bei den verarbeitenden Betrieben beruhte. Auf Grund dieser Verschiebungen kann man annehmen, daß in den beiden vorletzten Wirtschaftsjahren durchschnittlich 181.600 t Zucker pro Jahr verbraucht wurden. Der Zuwachs im vergangenen Jahr beträgt daher nur 1.500 t oder nicht einmal 1%.

Entwicklung und Struktur des Zuckerabsatzes¹⁾

Bedarfstträger	1951/52 ²⁾	1952/53 ²⁾ 1.000 t	1953/54 ²⁾
Konsumenten	133'2	140'1 ³⁾	149'5 ³⁾
Prämien	10'4	5'1	6'0
Verarbeitende Betriebe	42'1	25'0 ⁴⁾	23'3 ⁴⁾
Weinbauern und Inker	3'7	3'5	4'3
Insgesamt	189'4	173'7	183'1

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung.
— ²⁾ Wirtschaftsjahre vom 1. Juli bis 31. Juni. — ³⁾ Einschließlich kleingewerbliche Betriebe, die Mengen bis 10 t abnehmen. — ⁴⁾ Ohne Kleingewerbe.

Diese bemerkenswerte Stabilität des Zuckerkonsums in den letzten Jahren beginnt Absatzsorgen zu bereiten. Die Zuckervorräte sind von 63.300 t Ende des Wirtschaftsjahres 1952/53 auf 94.300 t Ende 1953/54 gestiegen (+ 15%). Da außerdem noch 9.148 t (Weißzuckerwert) Rohzucker-Importe aus Kuba und Ungarn zu erwarten sind, wird am 1. November 1954 der Anschluß an die neue Produktion mit einem Vorrat von rund 28.000 t gefunden werden. Obwohl das Ergebnis der Zuckerkampagne derzeit noch kaum geschätzt werden kann, ist anzunehmen, daß Inlandsproduktion und Vorräte den Bedarf in der bisherigen Höhe bereits übertreffen werden. Andererseits werden sich aus handelspolitischen Gründen Importe kaum vermeiden lassen. Der Handelsvertrag mit Kuba sieht als Grundlage der Zollbegünstigung für österreichische Exporte die Einfuhr von 10.000 t Rohzucker vor. In den Vertragsverhandlungen mit der ČSR, die noch bevorstehen, dürften, wenn der Clearingverkehr nicht gestört werden soll, Zuckerimporte sehr schwer zu umgehen sein, da die Austauschmöglichkeiten der ČSR begrenzt sind. Im Handelsvertrag mit Ungarn konnte die Vereinbarung eines Zuckerkontingents vermieden werden.

In dieser Situation könnte nur eine Steigerung des österreichischen Zuckerkonsums, der mit einer Kopfquote von 26,4 kg jährlich noch weit hinter den

meisten westeuropäischen Ländern zurückbleibt¹⁾, den Markt entlasten. Da die Nachfrage nach Zucker, insbesondere nach Süßwaren, ziemlich elastisch ist, läßt die Zunahme der Masseneinkommen gegenüber dem Vorjahr wohl auch eine Absatzbelebung erwarten. In der Tat wurde allein von Juni bis August um 7.700 t oder 16% mehr Zucker abgesetzt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wieweit dieser Zuwachs auf einer „echten“ Nachfragesteigerung beruht oder bloß auf einer zeitlichen Verschiebung und auf Verlagerung der Käufe vom illegalen auf den legalen Markt²⁾, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen.

Die von der Milchpropagandagesellschaft entfaltete Werbung für den Verbrauch von *Milch* und *Molkereiprodukten* sowie die Errichtung von Milchtrinkhallen, Milchbars u. ä. beginnen die ersten Erfolge zu zeigen. Während von Jänner bis Mai bei einer um rund 13% höheren Marktproduktion von Milch nur knapp soviel Trinkmilch und Schlagobers und um 3% mehr Sauerrahm verbraucht wurden als im Vorjahr, besserte sich im Juni der Absatz sprunghaft. Trinkmilch wurde um 3%, Schlagobers um 27% und Sauerrahm um 6% mehr verkauft als vor einem Jahr. Nach einer durch das kühle Wetter bedingten vorübergehenden Verschlechterung der Absatzverhältnisse im Juli stieg im August der Verbrauch von Trinkmilch um 6%, der von Schlagobers um 11% und von Sauerrahm um 16% über den Vorjahresstand.

Dank dieser günstigen Entwicklung konnte der Buttermarkt fühlbar entlastet werden, zumal da auch die Milchanlieferungen in den letzten Monaten nur um durchschnittlich 8% höher waren als im Vorjahr. Die Marktproduktion von Butter, die von Jänner bis Mai um 20% höher war als vor einem Jahr, lag von Juni bis August nur um 11% darüber. Aber auch der Butterverbrauch war im Juli und August um rund 7% höher als im Vorjahr. Nur im Juni wurde um 13% weniger verbraucht, da der Absatz im Juni 1953 durch die zweite Preissenkungsaktion gefördert worden war. Dadurch hat sich die Diskrepanz zwischen Produktion und inländischen Absatzmöglichkeiten stark verringert. Während von Jänner bis Mai um 18% weniger Butter verbraucht als erzeugt wurde, war von Juni bis August der Ver-

brauch nur um 1% geringer als die Marktproduktion. Die Überschüsse wurden zum größten Teil exportiert.

Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten¹⁾

	1953		1954 ²⁾		1954 gegen 1953	
	Jänner bis Mai	Juni bis August	Jänner bis Mai	Juni bis August	Jänner bis Mai	Juni bis August
	Monatsdurchschnitte in t				Veränderungen in %	
Marktproduktion von						
Milch	84.435	94.374	95.032	101.880	+13'6	+8'0
Butter	1.492	1.695	1.796	1.882	+20'4	+11'1
Käse	1.170	1.315	1.218	1.366	+4'1	+3'9
Topfen	517	443	671	581	+29'8	+31'1
Absatz von						
Butter	1.519	1.867	1.478	1.859	-2'7	-0'4
Trinkmilch	41.820	43.066	41.685	44.101	-0'3	+2'4
Magermilch	2.308	2.169	2.109	2.639	-8'6	+21'7
Schlagobers	168	187	168	224	-0'1	+19'5
Sauerrahm	247	326	256	359	+3'4	+10'1

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Der Topfenkonsum, der schon seit Anfang des Jahres stets höher war als i. J. 1953 (im Durchschnitt um 30%), hat sich in den letzten Monaten weiter gebessert. Er lag im Juli um 54% über dem Vorjahresstand (von Juni bis August um durchschnittlich 31%).

Die Bereitschaft der Broterzeuger, Magermilch zum Weißgebäck beizumischen, hat die Magermilchverwertung sehr erleichtert. Da die verarbeitenden Betriebe (auch Süßwarenerzeuger) seit April durchschnittlich 735 t Magermilch monatlich abnehmen, war der Absatz von April bis August um 16% höher als im Vorjahr, obwohl die Nachfrage der Haushalte weiter abgenommen hat. (Im I. Quartal lag der Magermilchabsatz um 20% unter dem Vorjahresstand.) Dadurch konnte eine Erhöhung der Milchrückgabe an die Produzenten und der Milchpulvererzeugung vermieden werden.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die saisonbedingte Wende auf dem Arbeitsmarkt wird heuer durch die Hochkonjunktur etwas hinausgeschoben. Die Beschäftigung ist zwar in einigen westlichen Bundesländern schon im September gefallen, in ganz Österreich aber nahm sie noch um 12.300 Personen zu, gegen nur 5.900 im Vorjahre³⁾. Die Arbeitslosigkeit, die im Vorjahre und im Jahre 1952 ihren tiefsten Stand schon im August erreichte, fiel heuer noch im September, dürfte aber nun mit rund 92.000 ihren tiefsten Stand erreicht haben, der nur noch wenig über dem des Konjunkturjahres 1950 liegt. Das Arbeitskräfteangebot (unselbständig Beschäftigte und vorgemerkte Stellensuchende) erhöhte sich im August um 10.200, im September um 5.600

¹⁾ Siehe auch Monatsberichte Nr. 10, Jg. 1951, S. 521 ff., „Verbrauch von Zucker und Süßwaren in Österreich“.

²⁾ Auf Grund des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes hat das Bundesministerium für Inneres ab 1. November 1953 die Kennzeichnungspflicht für Zucker verfügt. Danach darf Zucker nur in gekennzeichneten Säcken in den Handel gebracht werden. Damit sollte der Absatz von Zucker, der nicht der Kontrolle der österreichischen Behörden unterliegt, unterbunden werden.

³⁾ Alle Zahlen für September 1954 sind vorläufig.

Der Arbeitsmarkt im August und September

Zeit	Beschäftigte	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Vorgemerkte Stellensuchende in 1.000 Personen	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Arbeitskräfteangebot	Veränderung gegenüber dem Vormonat
1951 VIII.	2.047'1	+12'6	70'6	— 3'7	2.117'7	+ 8'9
IX.	2.048'2	+ 1'1	68'3	— 2'4	2.116'5	— 1'3
1953 VIII.	1.983'9	+17'1	129'2	— 5'1	2.113'1	+12'0
IX.	1.989'8	+ 5'9	129'2	0	2.119'0	+ 5'9
1954 VIII.	2.052'7	+21'5	98'5	—11'4	2.152'2	+10'2
IX. ¹⁾	2.065'0	+12'3	91'8	— 6'7	2.156'8	+ 5'6

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

auf 2,156.800. Es ist um 37.800 größer als im September 1953.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im August um 21.500 (1'1%) auf 2,052.700, im September um weitere 12.300 (0'6%) auf 2,065.000. Ende September gab es um 75.200 (3'8%) Arbeitnehmer mehr als im Vorjahre und um 16.800 mehr als im September 1951. Die Zunahme der Beschäftigung im Laufe des III. Quartals übertraf mit 56.200 die des Vorjahres um 20.700. Da die Zahl der Lehrstellenbesetzungen in diesen drei Monaten nur um etwa 1.000 größer gewesen sein dürfte als i. J. 1953 und sich die Aufnahme jugendlicher Hilfsarbeiter erfahrungsgemäß in engen Grenzen hält, handelt es sich dank der guten Konjunktur vorwiegend um einen erhöhten Zustrom von erwachsenen Arbeitskräften.

Der Saisonrückgang der Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft setzte heuer schon im August ein. Die zunehmende Mechanisierung vermindert nicht nur den sommerlichen Spitzenbedarf an Arbeitskräften, sondern drängt ihn auch auf einen kürzeren Zeitraum zusammen. Im August nahm aber nicht nur die Beschäftigung um 1.400 ab, auch die Zahl der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter ging leicht zurück. Die Abwanderung von Arbeitnehmern aus der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft hält an. Im September stellte die Land- und Forstwirtschaft neuerlich 3.200 Arbeiter frei.

Die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft nahm hingegen noch mit fast unverminderter Stärke zu. Die Steigerung betrug im August 22.500 und war mit 19.100 im September noch fast ebenso groß wie im Juli. Ende September waren in der gewerblichen Wirtschaft über 1,592.000 Arbeitnehmer tätig, um 86.200 (5'7%) mehr als vor einem Jahr und um 35.400 (2'3%) mehr als im September 1951.

Die Beschäftigtenstatistik der Sektion Industrie der Bundeshandelskammer (die seit Juni 1953 nicht mehr wie früher bloß vierteljährlich, sondern monatlich vorliegt) weist Ende Juli in mehr als 4.000 Industrie- und Bergbaubetrieben 464.000 Arbeitnehmer aus, um 26.800 oder 6'1% mehr als vor einem Jahr. Ungefähr ein Drittel der zusätzlich Beschäftigten hat

also Arbeitsplätze in der Industrie gefunden. Ein weiteres Drittel dürfte in den Bausektor geströmt sein, während das letzte Drittel seinen Weg in Gewerbe, Handel und Fremdenverkehr genommen haben muß.

Innerhalb der Industrie ist die Beschäftigung am stärksten in den verschiedenen Zweigen der Eisen- und Metallverarbeitung, der Steinindustrie und der chemischen Industrie gestiegen. Relativ am schwächsten war die Beschäftigungsausweitung in einigen Konsumgüterindustrien, wie in der Nahrungsmittelindustrie und der Textilindustrie. In der Ledererzeugung nahm die Zahl der Arbeitnehmer sogar etwas ab. Nur die Bekleidungsindustrie weist eine fast ebenso starke relative Zunahme auf wie die Eisen- und Metallwarenindustrie.

Die Industriebeschäftigung wird von Saisoneinflüssen nur wenig berührt. Während die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Bergbau, Industrie, Gewerbe und Handel von Oktober 1953 bis Februar 1954 um 10'2% abnahm (ohne Bausektor schätzungsweise um 5'0%), fiel die Industriebeschäftigung nur um 3'6%.

Die Beschäftigung in der Industrie¹⁾

Industriezweig	Juli 1953	Februar 1954	Juli 1954 ²⁾	Veränderung Juli 1953 bis Juli 1954	Veränderung Juli 1953 bis Juli 1954 in % (Juli 1953=100)
in Personen					
Bergwerke und eisen- erzeugende Industrie	58.455	58.792	59.883	+ 1.428	102'4
Erdfeldindustrie	1.304	1.327	1.403	+ 99	107'6
Stein- und keramische Industrie	30.778	21.151	32.917	+ 2.139	106'9
Glasindustrie	7.374	7.727	7.604	+ 230	103'1
Chemische Industrie	27.957	30.091	31.249	+ 3.292	111'8
Papierindustrie	20.011	19.977	21.276	+ 1.265	106'3
Papierverarbeitende Industrie	6.580	7.004	7.367	+ 787	112'0
Filmindustrie	611	619	933	+ 322	152'7
Holzverarbeitende Industrie	16.659	16.452	17.674	+ 1.015	106'1
Nahrungsmittelindustrie	39.348	39.171	40.426	+ 1.078	102'7
Lederindustrie	3.481	3.330	3.193	— 288	91'7
Lederverarbeitende Industrie	10.413	10.669	10.704	+ 291	102'8
Gießereindustrie	7.197	7.086	7.572	+ 375	105'2
Metallindustrie	5.538	5.630	5.814	+ 276	105'0
Maschinen-, Stahl- und Eisenindustrie	39.349	40.239	41.890	+ 2.541	106'5
Fahrzeugindustrie	17.766	17.384	19.401	+ 1.635	109'2
Eisen- und Metall- warenindustrie	29.511	31.528	33.689	+ 4.178	114'2
Elektroindustrie	28.824	29.843	31.598	+ 2.774	109'6
Textilindustrie	70.550	71.428	71.789	+ 1.239	101'8
Bekleidungsindustrie	15.484	16.348	17.579	+ 2.095	113'5
Insgesamt	437.190	435.796	463.961	+26.771	106'1

Q: Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. —

¹⁾ Ohne Sägeindustrie, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Indexzahlen der Wiener Arbeiterkammer über die Beschäftigung in repräsentativen Groß- und Mittelbetrieben lassen sich infolge Verschiedenheiten in der Gruppierung der Betriebe nicht ganz mit den Zahlen der Industriestatistik vergleichen. Ihre Ent-

wicklung im Laufe des letzten Jahres stimmt aber im wesentlichen mit der in der Gesamtindustrie überein. Auch hier zeigt sich ein Rückgang der Beschäftigung in der Lederindustrie, eine geringe relative Ausweitung in der Textilindustrie und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, aber eine sehr starke in den Groß- und Mittelbetrieben der Bekleidungsindustrie, der Eisen- und Metallindustrie, der chemischen Industrie und der Steinindustrie.

Die Beschäftigung in repräsentativen Groß- und Mittelbetrieben der Industrie und des Bergbaues

Industriezweig	August 1953	März 1954	August 1954	Relative Veränderung Aug. 1953 bis Aug. 1954 (Aug. 1953 = 100)
	1. Lohnwoche des Monats März 1954 = 100			
Bergbau u. Salinenbetriebe	222'1	220'6	222'3	100'1
Stein-, Erden-, Tonindustrie	258'0	217'0	271'5	105'2
Eisen- und Metallindustrie	236'7	241'3	252'6	106'7
Holzindustrie	209'5	195'9	220'4	105'2
Lederindustrie	147'7	144'7	144'0	97'5
Textilindustrie	142'9	144'5	145'3	101'7
Bekleidungsindustrie	126'2	132'3	133'8	106'0
Papierindustrie	159'3	159'3	168'3	105'6
Chemische Industrie	193'9	196'7	207'3	106'9
Nahrungsmittelindustrie	124'3	118'0	125'4	100'9

Q: Wiener Arbeiterkammer.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im August um 11.400 (10'4%) auf 98.500, im September um weitere 6.700 (6'8%) auf 91.800. Ende September gab es um 37.400 (29%) vorgemerkte Stellensuchende weniger als Ende 1953, aber noch um 23.500 und 3.700 mehr als in den Jahren 1951 und 1950. Die Rate der Arbeitslosigkeit sank von 4'6% auf 4'3%, (gegen 6'1% im Vorjahr und 3'2% im September 1951).

Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden sank im August in allen Berufsklassen mit Ausnahme einer leichten saisonbedingten Erhöhung in den Körperpflege- und hauswirtschaftlichen Berufen. Sie war nur in drei Berufsklassen, bei den gastgewerblichen Arbeitern, den Reinigungsarbeitern und den hauswirtschaftlichen Arbeitern höher als im Vorjahr. Auch die Zahl der beschränkt Vermittlungsfähigen, die im Juli gegenüber dem Vormonat konstant geblieben war, ging im August wieder geringfügig zurück. Durch die starke Abnahme der Gesamtarbeitslosigkeit in diesem Monat ist aber ihr Anteil von 26'2% im Juli auf 27'8% gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich im August wieder leicht (auf 3.900) erhöht; einer Zunahme um 305 bei den 14- und 15jährigen stand aber diesmal eine Abnahme um 132 bei den 16- und 17jährigen gegenüber.

Während im September 1953 eine kleine Abnahme der Zahl der stellensuchenden Männer um 200 durch eine ebenso große Zunahme der Frauen

aufgewogen wurde, ging heuer die Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen noch kräftig (um 3.800 und 2.900) zurück. Das Ende der Fremdenverkehrssaison erhöhte die Zahl der stellensuchenden Gaststättenarbeiter, jedoch um weniger als im Vorjahr. Ihre Zahl ist daher erstmals unter den Vorjahresstand gesunken. Eine beachtliche Abnahme zeigte die Zahl der stellensuchenden Metallarbeiter, die im September 1953 noch geringfügig gestiegen war.

Die Arbeitslosigkeit fiel in allen Bundesländern, mit Ausnahme Tirols. Sie ist in allen niedriger als im Jahre 1953 und 1952, aber höher als im Jahre 1951. Nur bei den männlichen Stellensuchenden in Wien und Vorarlberg werden sogar die niedrigen Zahlen von August und September 1951 unterschritten.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Der *Güterverkehr* der Bundesbahnen war im Monat August lebhafter als saisonüblich. Die Wagenstellungen stiegen gegenüber Juli um 8% auf 173.535 und je Arbeitstag von 5.959 auf 6.674, obwohl der Berichtsmonat einen Arbeitstag weniger hatte, so daß für diese Jahreszeit ein Rekord erreicht wurde. Die Wagenstellung nahm für alle Güterarten — Holz und Sammelgut ausgenommen — zu. Die Transporte von Baustoffen und Papier übertrafen mit 30.240 und 6.603 Wagen alle bisherigen Leistungen. Der hohe Bedarf an Wagenraum für Kohle- und Nahrungsmitteltransporte hielt sich jedoch im saisonalen Rahmen. Für den Autoüberstellungsverkehr von Bockstein nach Mallnitz und umgekehrt wurden 6.892 Wagen benötigt.

Gegenüber August 1953 war die Zahl der Wagenstellungen um 10% und die der Netto-Tonnenkilometer um 12% höher. Beide lagen auch beträchtlich über dem Stand der Vorjahre.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)					
	1954		Veränderung		Arbeitstag gegen Vormonat
	Juli	August	Monatsergebnis gegen		
			Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt.....	160.900	173.535	+10'2	+ 7'9	+12'0
davon					
Kohle, Koks ...	21.004	21.776	+ 9'1	+ 3'7	+ 7'7
Holz	21.234	19.746	+15'8	— 7'0	— 3'4
Baustoffe	23.478	30.240	+29'6	+28'8	+33'7
Eisen, Metalle ..	10.797	10.824	+11'5	+ 0'3	+ 4'0
Papier, Zellstoff.	5.523	6.603	+45'9	+19'6	+23'9
Erze	7.617	7.606	— 5'0	— 0'1	+ 3'9
Kunstdünger ...	2.062	2.127	—50'5	+ 3'2	+ 7'9
Nahrungsmittel ..	7.961	10.888	— 7'1	+36'8	+42'0
Stückgut	28.070	27.542	+ 5'2	— 1'9	+ 1'8
Sammelgut	4.816	4.605	+12'1	— 4'4	— 0'6
Zuckerrüben.....	2	—	—	—	—
Andere	28.336	31.578	+10'7	+11'4	+15'8

Trotz dem hohen Bedarf war die Wagenlage zufriedenstellend. Der Wagenbedarf konnte allerdings nur deshalb zu 97,1% gedeckt werden, weil EUROP-Wagen verwendet wurden. Da deren mietfreie Laufzeit in Österreich überschritten wurde, erhöhte sich die Wagenmiete um 10.902 Goldfranken.

Der *Personenverkehr* der ÖBB stieg von 5,9 auf 6,6 Mill. verkaufte Karten. Die Zunahme war zwar saisonüblich, die Frequenz blieb jedoch um 10% unter dem Vorjahresstand. Da schon in den ersten Monaten des Jahres der Reiseverkehr schwächer war als in den früheren Jahren, schließen die ersten acht Monate 1954 gegenüber 1953 und 1952 mit einem Frequenzverlust von 8% und 7% ab. Sollte diese Tendenz anhalten, was sehr wahrscheinlich ist, dann bedeutet dies einen Jahresverlust von ungefähr 5 bis 7 Millionen Reisende. Schwankungen in diesem Ausmaß sind freilich nicht ungewöhnlich; auffallend ist nur, daß dieser Rückgang zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem die konjunkturelle Lage günstiger ist als in der Vergleichszeit. Wie stark die Fahrpreiserhöhung, die Motorisierung oder nur die ungünstigen Witterungsverhältnisse diesen Rückgang bedingen, ist infolge der relativ geringen Veränderung schwer festzustellen.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau erreichte im August mit 299.680 beförderten Tonnen einen neuen Monatsrekord und lag um 13% über der Augustleistung 1953. Die Zunahme erstreckte sich auf Ein- und Ausfuhr wie auch auf Inlands- und Transitverkehr. Der Transitverkehr (jugoslawische Schifffahrt) konnte mit 65.527 t alle bisherigen Leistungen überbieten. Die Steigerung ist vorwiegend den stark erhöhten Kohlefrachten zu danken, auf die 66% der Tonnage (ohne Transit) entfielen. Aber auch die Transporte von Roheisen, Blechen und Mineralölprodukten waren mit 51.697 t höher als bisher. Von dem lebhafteren Schiffsverkehr profitierte allerdings vorwiegend der Linzer Hafen, dessen Umschlag gegenüber Juli um 62% stieg, während der Wiener Hafenumschlag nur um 23% zunahm.

Schiffsverkehr auf der Donau

	1954			
	Mai	Juni	Juli	August
Gesamt	228.900	222.516	174.476	299.680
Einfuhr	124.304	188.449	107.356	167.430
Ausfuhr	51.017	52.633	37.998	50.400
Inland	14.805	13.125	9.139	16.353
Transit	38.774	56.309	19.983	65.527
Hafenumschlag				
Linz	155.941	138.499	119.963	193.336
Wien	43.493	37.912	41.256	50.772
Waren ¹⁾				
Kohle	112.498	90.509	93.519	154.169
Roheisen	23.592	25.627	10.379	19.386
Bleche	9.027	7.196	7.663	10.687
Mineralölprodukte ²⁾	24.327	19.577	11.990	21.624
Andere	20.994	23.298	30.942	28.287

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

Auch der *Luftverkehr* übertraf mit 13.104 beförderten Passagieren alle bisherigen Leistungen. Die Steigerung gegenüber Juli um 10% kam diesmal stärker den Flughäfen in den westlichen Bundesländern zugute, deren Anteil sich von 35% auf 40% erhöhte. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Anteil der westlichen Flughäfen allerdings ab. So war in Wien die Frequenz gegenüber August 1953 um 47%, auf den anderen Flugplätzen jedoch nur um 13% höher. Die geringere Steigerung beruht zwar teilweise auf dem starken Passagierausfall im Linzer Hafen, aber auch der stark frequentierte Flughafen in Salzburg konnte seine Frequenz nur um 13% steigern.

Flugverkehr von und nach Österreich

Flughäfen	August	Jänner— August Personen	1953=100	Anteile August	
				1953	1954
Schwechat	5.743	33.944	142'3	47'4	55'1
Tulln	1.113	7.292	70'1	20'6	11'8
Vöslau	946	5.454	178'9	6'1	8'8
Salzburg	2.511	7.247	107'8	13'3	11'7
Graz	340	787	101'0	1'6	1'3
Linz	97	404	62'8	1'3	0'7
Innsbruck	1.735	4.740	117'6	8'0	7'7
Klagenfurt	619	1.771	196'2	1'7	2'9
Zusammen	3.104	61.639	122'5	100'0	100'0

KÖB und Post beförderten im *Personenverkehr auf der Straße* (entgeltlicher Überlandverkehr) im August 7,58 Mill. Personen. Wie schon in den Vormonaten blieb auch diesmal die Frequenz um 10% unter dem Vorjahresstand. Ebenso war der private Linienverkehr im Juli (Augustdaten liegen noch nicht vor) um 5% niedriger als 1953. Diesem Leistungsrückgang dürften die gleichen Ursachen zu Grunde liegen, die auch im Bundesbahnverkehr eine Rolle spielen.

Die Neuzulassungen von fabriksneuen Kraftfahrzeugen hielten sich auch im August noch auf dem hohen Niveau der Monate vorher. Einschließlich Zugmaschinen wurden 7.903 Fahrzeugeinheiten dem Verkehr neu zugeführt, 111 mehr als im Juli und 44% mehr als im August 1953. In den ersten acht Monaten 1954 wurden 41.145 Lastkraftwagen und Personenfahrzeuge zugelassen, 32% mehr als 1953. Die Zahl der Anmeldungen stieg bei Motorrädern um 12%, bei Personenwagen um 107% und bei Lastkraftwagen um 90%. Die Zunahme wäre auch bei Motorrädern größer, wenn die Nachfrage hätte be-

Neuzulassung fabriksneuer Kraftfahrzeuge

	1953	Jänner bis August 1954 Stück	1953=100
Lastkraftwagen	2.583	4.894	189'5
Personenwagen	5.922	12.321	108'1
Krafträder	30.373	33.930	111'7
Insgesamt	38.878	51.145	131'6

friedigt werden können. Die Exportverpflichtungen ermöglichen es jedoch den Puch-Werken gegenwärtig nicht, den Inlandsmarkt ausreichend zu beliefern.

Der *Fremdenverkehr* zählte im August 5'46 Mill. Übernachtungen, von denen 2'70 Mill. auf Inländer und 2'76 Mill. auf Ausländer entfielen. Erstmals waren damit im österreichischen Fremdenverkehr der Sommersaison die Ausländerübernachtungen höher als die der Inländer. Der Vorjahresstand konnte insgesamt um 14%, bei Ausländern um 28% und bei Inländern um 3% überschritten werden. Die höhere Frequenz im Inländerverkehr ist um so beachtlicher, als die Auslandsreisen von Österreichern gegenüber dem Vorjahre zugenommen haben, wie die Devisenausgänge vermuten lassen. Die Grenzübertritte einreisender Ausländer betrugen im August 2'88 Mill. Personen, rund eine Million mehr als im Juli. Von den Einreisenden kamen 84% auf der Straße nach Österreich.

Der Reiseverkehr erbrachte im August 1954 433'3 Mill. S Einnahmen und erforderte 61'7 Mill. S Ausgänge an Devisen; gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 27% und 153%. In den ersten acht Monaten 1954 wurden 1'59 Mrd. S eingenommen, also bereits mehr als im ganzen Jahr 1953 mit 1'57 Mrd. S. Es ist anzunehmen, daß die Deviseneingänge aus dem laufenden Fremdenverkehrsjahr rund 1'9 Mrd. S betragen werden.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Der österreichische Außenhandel stand im August deutlich unter dem Einfluß der westeuropäischen und der österreichischen Konjunktur. Trotz der ansonst geschäftsschwachen Jahreszeit stiegen Import und Export beträchtlich, wobei der Austausch von Rohstoffen und Halbfertigwaren zunahm, der von Nahrungsmitteln und Fertigwaren hingegen zurückging.

In der *Einfuhr* stieg der Wert der Rohstoffe und Halbfertigwaren von Juli auf August um 98 Mill. S, ihr Anteil an der Gesamteinfuhr von 48% auf 51%. Dagegen sank der Anteil der Fertigwaren an der Einfuhr (der in den Vormonaten gestiegen war) von 33% auf 31%, war damit aber noch immer weit höher als vor einem Jahr (23%). Die Erhöhung der Rohstoffimporte betraf die meisten Produkte, besonders aber Brennstoffe (+ 38 Mill. S) und Textilrohstoffe (+ 25 Mill. S). Infolge der Liberalisierung stieg auch die Einfuhr von Textilerzeugnissen (Garne, Zwirne, Gewebe) bedeutend, so daß die Einfuhr von Textilien aller Art (Rohstoffe und

Fabrikate) im August mit 220'1 Mill. S beträchtlich höher lag als in früheren Monaten (Jänner-Juli-Durchschnitt: 189'4 Mill. S).

Da die Nahrungsmittel- und Fertigwareneinfuhr im August zurückging, stieg die Gesamteinfuhr weniger als die Rohstoff- und Halbfertigwareneinfuhr. Gleichzeitig gingen jedoch die ERP-Einfuhren von Juli auf August um 26 Mill. S zurück, so daß die kommerzielle Einfuhr um 106 Mill. S auf 1.327 Mill. S zunahm, den höchsten Wert dieses Jahres, der nur um eine Million Schilling niedriger ist als der bisherige Höchstwert vom Dezember des Vorjahres. Volumenmäßig (nach Ausschaltung der Preisveränderungen) war sowohl der Gesamtimport mit 117% des Volumens von 1937 wie auch der kommerzielle Import mit 115% weitaus höher als in irgendeinem Monat dieses oder des vergangenen Jahres.

In der *Ausfuhr* stiegen ebenfalls die Lieferungen von Rohstoffen und Halbfertigwaren, und zwar wertmäßig um 47 Mill. S. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr erhöhte sich von 55% auf 58%. Besonders stark stieg die Eisen- und Stahlausfuhr (+ 24 Mill. S) und die Zellwollausfuhr (+ 8 Mill. S). Die Holzausfuhr hält sich weiter auf hohem Niveau, ist aber von ihrem Höchststand im Juni dieses Jahres etwas zurückgegangen. Da gleichzeitig die Gesamtausfuhr stieg, ging der Anteil der Holzausfuhr am Gesamtexport von 23'8% im Juni auf 21'6% im August zurück. Die Fertigwarenausfuhr sank im August um 18 Mill. S, ihr Anteil am Export von 42% auf 40% (August 1953: 39%). Vor allem wurden weniger Textilerzeugnisse und Holzwaren exportiert. Der Export von Papier, der seit Beginn dieses Jahres ununterbrochen zunimmt, verbesserte sich auch im August weiter. Seit Juni übersteigt der monatliche Exportwert der Erzeugnisse der Papier- und Papierwarenindustrie die Hundertmillionengrenze; im August erreichte er 105 Mill. S.

Die Gesamtausfuhr stieg im August um 18 Mill. S auf 1.342 Mill. S. Damit wurde der Ausfuhrhöchstwert des laufenden Jahres (März: 1.343 Mill. S) nahezu erreicht. Volumenmäßig blieb allerdings die Ausfuhr (mit 179% von 1937) um sieben Punkte hinter dem März- und um einen Punkt hinter dem Maiergebnis zurück.

So wie in den Vormonaten konzentrierte sich die Ausweitung des Außenhandels fast ausschließlich auf den Verkehr mit Westdeutschland. Der Wert der Exporte nach Westdeutschland stieg um 46 Mill. S, die Ausfuhr nach allen anderen Ländern dagegen ging um 28 Mill. S zurück. Daher stieg der Anteil Westdeutschlands am österreichischen Export von 25% auf 28%. Auch in der Einfuhr entfiel ein Großteil

der Zunahme (von 80 Mill. S) auf Westdeutschland. Die Importe aus Westdeutschland stiegen um 67 Mill. S auf 545 Mill. S und der Anteil Westdeutschlands an Österreichs Importen von 37% auf 40% (bzw. 41% des kommerziellen Verkehrs). Zum Teil ergab sich die Steigerung dadurch, daß infolge der Verzögerung der polnisch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen vorübergehend polnische Kohlenlieferungen durch westdeutsche ersetzt wurden.

Da die in- und ausländische Konjunktur anhält, ist für den Rest des Jahres — unterstützt durch Saisoneneinflüsse — mit einer weiteren Ausdehnung des Außenhandels zu rechnen, wobei sich auf einzelnen Teilgebieten verschiedene handelspolitische Maßnahmen auswirken werden. So wird die Ermäßigung der Autozölle den Import von Personenautos neuerlich

stimulieren. Da Frankreich seine Liberalisierungsquote erhöhte — dies allerdings durch die Einhebung einer Ausgleichsabgabe zum Teil wieder unwirksam machte — und Westdeutschland und Schweden ihre Einfuhr weiter erleichterten, eröffnen sich neue Exportchancen. Auch Indien hat die Kontingentierung einzelner Waren aufgehoben, gleichzeitig allerdings die Zölle bedeutend erhöht. Hingegen wird der Export in die Türkei, der schon in letzter Zeit unter den türkischen Zahlungsschwierigkeiten und starker Preiskonkurrenz gelitten hat (die durchschnittliche monatliche Ausfuhr betrug im 2. Halbjahr 1953 22,6 Mill. S, im 1. Halbjahr 1954 17,1 Mill. S und im Juli/August 12,9 Mill. S), weiter schwierig bleiben, da sich die Türkei angesichts ihrer ungünstigen Zahlungsbilanz und wegen der schlechten Ernte zu rigorosen Importbeschränkungen entschlossen hat.